Herausgegeben von AK und ÖGB AUSGABE 8/2021, 75. Jahrgang € 2,50 **www.arbeit-wirtschaft.at**

Arbeit&Wirtschaft

Geld wächst nicht auf Bäumen

Die Pandemie ist nicht vorbei – aber wer soll die Krisenkosten zahlen? Warum alle den Aufschwung spüren müssen und wen wir im Herbst nicht vergessen dürfen.

Denen geht der Reis / 16
Im Gespräch mit Framing-Expertin Natascha Strobl

Wo sind sie geblieben? / 42
Warum in der IT-Branche Tausende Leute fehlen

#8

MICHAEL MAZOHL CHEFREDAKTEUR
ANJA MELZER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
CHRISTOPHER GLANZL FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
WOLFGANG DORNINGER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe
Sonja Adler, Christian Bunke, Christian Domke Seidel, Wolfgang Dorninger, Marlene Engelhorn, Johannes Greß, Silvia Hruška-Frank, Thomas Jarmer, Elke Larcher, Stefan Mayer, Anja Melzer, Robert Misik, Beatrix Mittermann, Miriam Mone, Brigitte Pellar, Jana Schultheiß, Norman Wagner, Christina Weichselbaumer, Alexia Weiss

Redaktion Arbeit&Wirtschaft
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee
www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber
Bundesarbeitskammer
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 und
Österreichischer Gewerkschaftsbund
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
zeitschriften@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

Hersteller
Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
7201 Neudörfl, Bickfordstraße 21
Verlagsort Wien
Herstellungsort Neudörfl

Abonnementverwaltung und Adressänderung
Johannes Bagga, Daniel Kern
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
Jahresabonnement Inland € 20,– (inkl. Mwst.)
Ausland zuzüglich € 12,– Porto
für Lehrlinge, Student*innen und Pensionist*innen
ermäßigtes Jahresabonnement € 10,– (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
ISSN (Blog) 2519-5492
Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft" wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autor*in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter*innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Hinter den Kulissen

Zusammen mit unserem diesmaligen Fotografen **Christopher Glanzl** war unser Autor **Johannes Greß** für die Coverstory **ab S. 6** in der Steiermark – um zuzuhören. In seinem Text gibt er Betroffenen von Arbeitslosigkeit ein Gesicht und eine Stimme.

Für seine Recherche inmitten der einst als nerdig verschrienen IT-Szene hat sich unser Autor **Christian Bunke** auch bei Betriebsräten – wie hier im Bild – umgehört. Das Ergebnis, einen Aufschrei und warum dabei Frauen schwer zu finden waren, lesen Sie **ab S. 42.**

Fallen Leaves On the Ground

ANJA MELZER
CHEFIN VOM DIENST

Es herbstelt. Und das heißt nicht nur, dass die Morgen nun wieder neblig werden, an den Wegesrändern Hagebuttensträucher sprießen, die Bäume über Nacht bunte Kleider tragen und ihre welken Blätter abschmeißen, sondern Herbst heißt auch Erntezeit. Also auf uns bezogen: Lohnrunden und harte Budgetverhandlungen. Und er steht auch immer ein bisschen für Abschied, nämlich vom Sommer – doch Abschied bedeutet, dass Neues kommt. Neuigkeiten erreichten uns zum Beispiel, kurz bevor wir dieses Heft in Druck geschickt haben: die von der Regierungskoalition lang angekündigte, sogenannte ökosoziale Steuerreform. Als hätten sie geahnt, dass wir uns in dieser Ausgabe mit genau solchen Verteilungsfragen beschäftigen: Wer wird die Kosten unserer viralen und klimatischen Krisen tragen? Wer aller soll den derzeitigen Aufschwung spüren? Und wer darf nicht schon wieder leer ausgehen?

Geld wächst nicht auf Bäumen, haben wir aufs Titelblatt gekritzelt. Die Steuerreform verspricht breite, milliardenschwere Entlastungen. Aber für wen eigentlich? Wir haben dabei nicht nur an umherwehende monetäre Blätter gedacht, sondern auch an den Stamm, der das alles trägt: den Sozialstaat. In Phasen großer Veränderungen – so wie jetzt – muss er standhalten. Und er muss gegossen werden und weiter wachsen können. Hört man sich bei den in Österreich lebenden Menschen um, wünscht sich der Großteil seit Corona erst recht mehr Sozialstaat, wie wir in einer Geschichte beleuchtet haben.

Mit dem Herbst beginnt aber auch die saisonale Bequemlichkeit. Doch gerade jene Menschen, die schon länger und noch immer ohne Job sind, geraten beim gemütlichen Teetrinken schnell einmal in Vergessenheit. In unserer Coverstory haben wir daher drei Menschen ganz genau zugehört. Und ihre Schicksale hautnah erzählt.

Die Pandemie ist übrigens auch trotz aller Heimeligkeit und allen Zusammenrückens in warmen Innenräumen nicht vorbei. Denn es steigen nicht nur wieder Infektionen und Hospitalisierungen – es steigt auch die Unsicherheit. Wie ist das denn jetzt? Was gilt insbesondere am Arbeitsplatz? Was dürfen Vorgesetzte von Arbeitnehmer:innen hinsichtlich des persönlichen Impfstatus erfragen und verlangen? Wir bringen Licht ins Dunkel.

Ein Heft also wie eine blühende Herbstzeitlose mitten im Sturm, und das nicht nur farblich. ◗

Inhalt

WAS NICHT PASST, WIRD PASSEND GEMACHT

06 Auch wenn die Wirtschaft wieder brummt – noch immer sind viele Menschen in diesem Land ohne Arbeit. Gerade die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist deutlich höher als noch vor der Krise. Autor Johannes Greß hat drei Betroffene besucht und ihre Schicksale erzählt.

ALLE MÜSSEN DEN AUFSCHWUNG SPÜREN

20 Viele Arbeitnehmer:innen haben Monate der Kurzarbeit und Einkommenseinbußen hinter sich, während bei zahlreichen Unternehmen Boni und Dividenden ausgeschüttet werden. Unsere Autorin Alexia Weiss hat sich angesehen, wo bei der Verteilung nachgebessert werden muss.

HILFE JETZT, REVOLUTION SPÄTER

30 Der Sozialstaat erfährt insbesondere seit der Corona-Krise eine Renaissance. Unser Autor Christian Domke Seidel beschreibt anhand spannender aktueller Zahlen, wie wichtig den Österreicher:innen ein starker Sozialstaat ist – und was sie von ihm fordern.

Suche Haushaltshilfe 12
Wie ein Staatshaushalt funktioniert

Warum ist Umverteilung nach unten notwendig? 15
Die „große Frage" beantwortet von Marlene Engelhorn

Denen geht der Reis 16
Im Gespräch mit Politikwissenschafterin Natascha Strobl

Der Teufelskreis der Bildungsarmut 23
Ein Gewerkschafter erinnert sich an seine Kindheit

Endlich Jobs für alle! 24
Wie eine Jobgarantie Langzeitarbeitslosen hilft

Krise? Welche Krise? 26
Ungleichheit und Unfairness sind immer noch da

Sozialbeiträge sichern Standards 34
Warum Lohnnebenkosten nicht gekürzt werden dürfen

Bekämpfung von Kinderarmut als politische Priorität 37
Wie man Chancengleichheit in der Bildung erreicht

Ein Appell ans Schulsystem 38
AK-Bildungsleiterin Ilkim Erdost im Kurzinterview

Impfstatus am Arbeitsplatz 40
Was dürfen Vorgesetzte wirklich erfragen?

Wo sind sie geblieben? 42
Über den massiven Fachkräftemangel in der IT-Branche

Die Kosten der Krise gerecht finanzieren 46
Das letzte Wort hat dieses Mal Silvia Hruška-Frank

Arbeit&Wirtschaft Abendpost

Hoch die Beine und mal kurz den Ablenkungen und Pflichten des Alltags entfliehen: Die Arbeit&Wirtschaft Abendpost versorgt dich zu Feierabend mit Informationen und Empfehlungen zu den aktuellsten Beiträgen unserer Online-Ausgabe! Unsere Autor:innen höchstpersönlich melden sich dazu regelmäßig in deinem Postfach.

Wie du dazu kommst?
Ganz einfach: Melde dich an zu unserem Newsletter!

www.arbeit-wirtschaft.at/abendpost

/AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at

Arbeit&Wirtschaft 8/2021

Was nicht passt, wird passend gemacht

Die drei Erwerbsarbeitslosen in dieser Geschichte sind so unterschiedlich, wie Menschen nun mal unterschiedlich sind. Ihre Geschichten haben eines gemeinsam: an irgendeiner Stelle „passten" die drei nicht.

TEXT JOHANNES GRESS

Linda Korns* „Kleine", wie sie ihre Tochter nennt, war ein Jahr alt und krank. Die alleinerziehende Mutter kümmerte sich um ihre „Kleine". Ging mit ihr zum Arzt. Besorgte Medikamente. Bewerbungen schrieb sie keine. Das Arbeitsmarktservice (AMS) sperrte ihr daraufhin für sechs Wochen ihre Zahlungen. „Ein Horror", sagt sie.

Leo Gabriel schaffte es vom Tellerwäscher, wenn auch nicht zum Millionär, so doch ziemlich weit nach oben. Bis in die Geschäftsführung eines renommierten Gastro-Unternehmens. Seine „Vom Tellerwäscher zum Millionär"-Story endete 2018, an dem Punkt, an dem der Gesellschafter das Unternehmen plötzlich auflöste. Seither lebt er mit seinem Kind und seiner Frau abzüglich Miete von 1.000 Euro monatlich. Sein Problem: Das AMS kann ihn nur schwer vermitteln, seine Qualifikation ist zu hoch.

Iris Stroj servierte in den vergangenen Jahren Getränke in einem „namhaften 4-Sterne-Hotel", war in einer Spar-Filiale „das Mädchen für alles" und lernte im „Dorfwirtshaus", wie man ordentlich „zurückmeckert". Dazwischen war die gelernte Friseurin jeweils arbeitslos gemeldet. Ihre Geschichte erzählt sie in Mürzzuschlag, einer Kleinstadt im Nordosten der Steiermark, die junge Menschen wegen fehlender Perspektiven immer öfter verlassen.

Korn, Gabriel und Stroj sind sich in ihrem Leben höchstwahrscheinlich noch nie über den Weg gelaufen. Sie sind in ihren Eigenschaften so unterschiedlich, wie Menschen nun mal unterschiedlich sind. Ihre Geschichten haben eines gemeinsam: an irgendeiner Stelle „passten" die drei nicht. Sie passten nicht in ein System, das weniger an den Bedürfnissen einzelner Betroffener als vielmehr am System als solchem interessiert ist. Sie passten nicht in ein System, dessen Vertreter:innen derzeit mehr denn je ideologische und ökonomische Geschütze auffahren, um das, was nicht passt, passend zu machen.

„Normalität", ein Drohszenario

Nachdem die Zahl der Erwerbsarbeitslosen infolge der Corona-Krise im vergangenen Frühjahr mit 560.000 arbeitslos gemeldeten Menschen (inklusive Schulungsteilnehmer:innen) einen Höchststand erreichte, konstatierte Arbeitsminister Martin Kocher Mitte September „den schrittweisen Übergang zur Normalität". Mit 335.000 Arbeitssuchenden bzw. Schulungsteilnehmer:innen bewegt sich die Arbeitslosigkeit, Stand Mitte September, wieder im Bereich des Vorkrisenniveaus.

Dominierten über Monate Themen wie „Kündigungswelle" und „Kurzarbeit" die Schlagzeilen, scheint sich diese Entwicklung nun umzukehren: Unternehmen und Betriebe suchen händeringend nach Mitarbeiter:innen. Ende August meldete das AMS knapp 114.000 sofort verfügbare Stellen. Doch, so der Tenor, niemand will sie. „Fachkräftemangel" allerorts.

Im Verbund mit einflussreichen Boulevardmedien, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und AMS schlussfolgert die Regierung öffentlich: Erwerbsarbeitslosen werde das Leben zu bequem gemacht. Viele Stellen blieben nur wegen der üppigen Sozialleistungen unbesetzt.

> *„Was mich beim AMS geprägt hat, ist das Gespräch mit anderen Hochgebildeten."*
>
> Leo Gabriel, Arbeitssuchender

„Den schrittweisen Übergang zur Normalität", so Kocher, werde man daher mit entsprechenden „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begleiten" müssen. Schon jetzt setze man beim AMS wieder verschärft auf Sanktionen. In den nächsten Monaten will Kocher einen „Reformdialog" über die Höhe der Arbeitslosenversicherung, über Zuverdienstmöglichkeiten und Zumutbarkeitsbestimmungen führen. Diskutieren wolle er zudem ein degressives Arbeitslosengeld, mit steigender Bezugsdauer sollen Leistungen sinken.

Es ist einer der letzten warmen Sommerabende in Wien. Leo Gabriel bestellt Schwarztee. Aus Journalist:innen-Sicht ist Gabriel eine praktische Angelegenheit. Der 29-Jährige studierte Politikwissenschaft und zu seiner persönlichen Geschichte liefert er die abstrakte, systemische Analyse immer gleich mit dazu. „Was mich beim AMS geprägt hat, ist das Gespräch mit anderen Hochgebildeten", sagt Gabriel in ruhigem, analytischem Ton. In derselben Tonlage, und nicht weniger bedacht, erzählt er, wie ihn seine Situation belastet. Die finanziell prekäre Lage führe auch zu sozialer Isolation, das Bier mit Freund:innen sei oft nicht mehr drin. Corona

* Name von der Redaktion geändert

Iris Stroj, 28, gelernte Friseurin aus dem steirischen Mürzzuschlag: Erst wurde ihr Betrieb übernommen, dann erwischten sie die Lockdown-Schließungen.

Der Wiener Leo Gabriel, 29, studierte Politikwissenschaft, sieht sich durch die Arbeitslosigkeit in einer finanziell prekären Lage.

habe die Sache nochmals verschärft. Vor wenigen Monaten erlitt er einen Nervenzusammenbruch.

Beim AMS habe er Langzeitarbeitslose mit Doktortitel kennengelernt. Das habe ihn zum Nachdenken gebracht: Nur weil Jobs vorhanden sind, muss das nicht heißen, dass die auch passen. Das mit dem allerorts beklagten „Fachkräftemangel“ sei abstrakt gesprochen zwar richtig, aber realiter eine ziemlich „saloppe Formulierung“.

„Ich überlege mir zehnmal, ob ich 150 Gramm Wurst kaufe. Für diesen Monat bin ich schon so was von flach.“

Linda Korn, arbeitslos

Frauen mit Kindern zuletzt

Auch wenn die Arbeitslosigkeit derzeit zurückgehe, gibt es für Arbeitgeber eine Reihe von „uninteressanten Gruppen“, erklärt Silvia Hofbauer, stellvertretende Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der Arbeiterkammer Wien. Das betreffe neben Langzeitarbeitslosen und über 50-Jährigen vor allem Frauen. Zugespitzt könne man sagen: „Junge Frauen werden seltener eingestellt, denn die könnten ja Kinder bekommen. Frauen mit Kindern werden seltener eingestellt, weil sie zu wenig flexibel sind. Und Frauen mit erwachsenen Kindern sind zu alt.“

Das Gespräch mit Linda Korn klappt erst im vierten Anlauf. Ihre „Kleine“ muss zur Schule gebracht und von dort wieder abgeholt werden. Im Laufe der Woche erkrankt sie dann. Schließlich findet das Gespräch via Telefon statt, die „Kleine“ ist im Hintergrund zu hören. Die 40-Jährige, die ihren wahren Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, machte nach der Hauptschule eine Ausbildung zur Friseurin und arbeitete jahrelang im Einzelhandel. Ihrer Tochter zuliebe gab die alleinerziehende Mutter nach der Geburt ihren Job auf.

Sieben Jahre ist das nun her. Korn bewirbt sich im Einzelhandel, in Kindergärten und versucht es vor allem als Reinigungskraft. Die Arbeitszeiten seien hier flexibler und sie könne sich dann mehr um ihre heute siebenjährige Tochter kümmern. Vergangenen Oktober konnte sie in einem Wiener Kindergarten anfangen. Bis Mitte November. Dann kam der nächste Lockdown. Und Korn kehrte zum AMS zurück. Inklusive Kindergeld leben sie und ihre Tochter seither von 1.200 Euro im Monat. „Ich überlege mir zehnmal, ob ich 150 Gramm Wurst kaufe“, sagt Korn am Telefon. Wenn ihre „Kleine“, die derzeit die 2. Klasse Volksschule besucht, Geld für einen Schulausflug braucht, wird es richtig eng. „Für diesen Monat bin ich schon so was von flach.“

Ein nüchterner Blick auf die Zahlen

Besonders Gastronomie und Hotellerie beklagen sich derzeit lautstark über einen „Fachkräftemangel“. Nach mehreren Lockdowns, in denen Restaurants, Bars und Beherbergungsbetriebe oft über Monate schließen mussten, haben sich viele anderweitig umgeschaut. Die Branche ist ohnehin nicht bekannt für ihr arbeitnehmer:innenfreundliches Klima. Das AMS vermeldete Ende August 15.300 sofort verfügbare Jobs.

Iris Stroj wundert das kaum. Die heute 28-Jährige – schwarz gekleidet, lila Haare, steirischer Dialekt – hatte Friseurin gelernt. Nach sechs Jahren wurde ihr Betrieb übernommen, mit dem Versprechen, alle Beschäftigten könnten weiterarbeiten. Einen Monat später teilte ihr ihre Chefin das Gegenteil mit, „an einem Samstag, während der Arbeitszeit“. Also bewarb sich Stroj in besagtem 4-Sterne-Hotel als Servicekraft. Arbeitete offiziell 45 Wochenstunden, meist aber 55. Jeweils zwischen 9 und 14 Uhr und dann wieder von 18 bis 23 Uhr. Arbeitsweg: je 45 Minuten. „Eigentlich war da ganze Dog im Oasch“, sagt Stroj. Weil sie meist feiertags und wochenends arbeitete, ging auch ihr Privatleben flöten. Die vier Sterne galten eher den Gästen, weniger dem Personal. Nach sechs Monaten kündigte sie, begann im „Dorfwirtshaus“ zu arbeiten, sechs Tage die Woche, „ein anderer Umgangston“ inklusive. Diesmal kam ihrer Kündigung der Lockdown zuvor.

Da die Interessen der einen, dort die der anderen. Die einen wollen ein anständiges Einkommen. Aber auch ein intaktes soziales Umfeld. Zeit für Familie, Kinder, Freund:innen – und sich selbst. Zeit für physische und psychische Erholung. Arbeiten, um zu leben – nicht umgekehrt.

Es gibt auch die Perspektive der anderen: Zum Fortbestand „der Wirtschaft“ – was meist mit Wohlstand gleichgesetzt wird – müssten Menschen möglichst schnell wieder in Beschäftigung.

Langzeitarbeitslosigkeit im Vergleich

Quelle: AMS

Egal wie. Das gehe zum Wohle aller. Und verantwortlich für den reibungslosen Ablauf dieses Systems sei die oder der Einzelne. Am Ende sei jede:r für sich selbst und sein (Un-)Glück verantwortlich. Den ideologischen Gehalt dieser Erzählung legt ein nüchterner Blick auf die Zahlen frei: Wenn 335.000 Arbeitslose um 114.000 Stellen konkurrieren, werden am Ende einige leer ausgehen. Ganz unabhängig von ihrem Bemühen. Ungleich eleganter formuliert das der Sozialpsychologe Martin Schenk in einem Gastbeitrag für den „Standard“: Stünde die Höhe des Arbeitslosengeldes in direktem Zusammenhang mit der Höhe der Arbeitslosigkeit, „müsste in den Ländern mit dem niedrigsten Arbeitslosengeld auch die niedrigste Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sein“. Dem ist aber nicht so.

Ein Fünftel aller Arbeitslosen kann Heizkosten nicht bezahlen

„Aus Arbeitgebersicht“, erklärt AK-Expertin Hofbauer, „ist diese Vorgehensweise durchaus nachvollziehbar.“ Die seien derzeit daran interessiert, möglichst schnell und möglichst günstig an Arbeitskräfte zu kommen. „Die Qualität der Beschäftigung ist oftmals weniger relevant.“ Aber anders als Regierung und Wirtschaftsvertreter:innen suggerieren, seien die Gründe für Arbeitslosigkeit deutlich vielfältiger als bloß „Selbstverschulden des Einzelnen“.

Die Figur vom angeblich faulen Arbeitslosen, der sich auf seinen AMS-Zahlungen ausruhen und die Allgemeinheit damit belasten würde, erleichtert es der Regierung, den Druck auf Erwerbsarbeitslose zu erhöhen, erklärt Hofbauer. Und das wiederum erleichtert es Arbeitgebern, niedrigere Löhne zu zahlen. Damit erhöhe sich die Gefahr, dass sich in Österreich langfristig ein prekärer Niedriglohnsektor etabliert, warnt Hofbauer. Wenn das Arbeitslosengeld nicht mehr vor Armut schützt, werden Arbeitslose genötigt, schlichtweg irgendwelche Jobs, egal zu welchen Konditionen, anzunehmen.

Iris Stroj ist heute wieder glücklich: Sie hat einen neuen Job in einem Friseursalon gefunden – mit netten Kolleg:innen.

Dabei wird es Erwerbsarbeitslosen in Österreich im internationalen Vergleich bereits heute schwerer gemacht. Das Arbeitslosengeld ist mit 55 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens deutlich niedriger als in anderen Ländern. In einer SORA-Studie im Auftrag des Momentum-Instituts gaben neun von zehn Befragten an, mit weniger als 1.200 Euro monatlich auskommen zu müssen – was deutlich unter der Armutsgrenze von 1.328 Euro liegt. Mindestens ein Fünftel aller Arbeitslosen könne es sich nicht leisten, die gesamte Wohnung warm zu halten. Trotzdem will die Regierung die Bedingungen verschärfen.

Linda Korn treibt derzeit vor allem eine Sorge um: Seit August kann das AMS ungeimpfte Jobsuchende sanktionieren, wenn sie eine Stelle verweigern, bei der das Unternehmen eine Impfung verlangt. Davor habe sie „panische Angst“, erzählt sie immer wieder. Sie sei nicht generell gegen das Impfen, aber den noch neuen – und aus ihrer Sicht noch nicht ausreichend erprobten – COVID-Vakzinen traue sie nicht über den Weg.

Betteln beim AMS

Bei Korn werden Erinnerungen an damals wach. Als ihr für sechs Wochen die Leistungen gestrichen wurden, weil sie eine Bewerbungsfrist versäumte. Mit ihrem kranken Kind klopfte sie damals bei der Caritas an und beim Sozialamt. Erfolglos. Erst nachdem sie beim AMS mehrere Wochen „bettelte“, kam sie wieder an Geld.

Diese Erfahrung hat Spuren hinterlassen. Korn empört sich über ein System, von dem sie sich ungerecht behandelt fühlt. Das ihrer Meinung nach die Falschen bestraft. Aber dem sie sich fügen muss. Die Angst, dass ihr so etwas noch einmal widerfährt, weil sie eine Corona-Impfung verweigert, treibt sie um. „Manchmal kann ich nicht schlafen, habe Alpträume.“

Wer zahlt?

Beim Ringen um die Ausgestaltung der sogenannten „Arbeitsmarktreform“ geht es im Kern um die Frage: Wer bezahlt die Rechnung? Wer bezahlt die Rechnung für die Mehrausgaben, die die Corona-Krise und die damit im Zusammenhang stehenden Krisen verursachten?

In dieser Auseinandersetzung wird eines deutlich: Die Ressourcen, um diesen ökonomischen und ideologischen Kampf zu führen, sind strukturell ungleich verteilt. Im Verbund mit Regierung, Staatsapparaten und Lobbys können Unternehmer:innen ihre Forderungen bündeln, kanalisieren und strategisch nach außen kommunizieren. Der Boulevard fungiert als willfähriger Resonanzkörper.

Den finanziellen, organisatorischen und institutionellen Ressourcen jener, die derzeit den „Klassenkampf von oben“ bestreiten, stehen jene gegenüber, die … ja, wer eigentlich?

Arbeitslose haben in Österreich – abseits einiger kleinerer Organisationen – kaum eine institutionelle Vertretung, wie etwa Lohnabhängige die Gewerkschaften, Landwirt:innen die Landwirtschaftskammer oder Unternehmer:innen die Wirtschaftskammer. Für Arbeitslose ist es deutlich schwieriger, ihre Interessen zu organisieren, politisch mobil zu machen, sich öffentlich Gehör zu verschaffen.

Leo Gabriel kennt das. Einerseits sei „arbeitslos“ nach wie vor eine Art Stigma und „unglaublich schambehaftet“. Kaum jemand traue sich öffentlich als Vertreter:in dieser Gruppe aufzutreten. Andererseits sei die Gruppe der Arbeitslosen eine sehr heterogene. Akademiker:innen, Obdachlose, Alleinerziehende, nur vorübergehend arbeitslose Saisonarbeiter:innen verfolgen meist sehr unterschiedliche Interessen, sehen sich selten als „einheitliches Subjekt“, das für ein gemeinsames Ziel kämpft.

„Wer Fachkräfte will, muss entsprechende Anreize liefern.“

Silvia Hofbauer, AK Wien

Gemeinsam kämpfen, die verschiedenen Interessen bündeln – genau das versuchen Gabriel und seine Mitstreiter:innen derzeit. Im Mai starteten sie das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf!“ Die Nettoersatzrate soll von 55 auf mindestens 70 Prozent erhöht und die Zumutbarkeitsbestimmungen sollen entschärft werden, fordern die Initiator:innen, zu denen neben Gabriel auch der renommierte Politikwissenschafter Emmerich Tálos zählt.

Anreize statt Strafen

Auch aus Sicht von Silvia Hofbauer braucht es dringend eine Erhöhung der Nettoersatzrate auf 70 Prozent. Außerdem müsse der Familienzuschlag von derzeit 97 Cent pro Tag – der im Jänner 2001 das letzte Mal angepasst wurde – dringend erhöht werden. Ein degressives Arbeitslosengeldmodell lehnt Hofbauer indes strikt ab. Die meisten Erwerbsarbeitslosen würden rasch wieder in Beschäftigung kommen, für jene, deren Situation ohnehin prekär ist – allen voran Langzeitarbeitslose, ältere Menschen und Frauen – erhöhe sich das Armutsrisiko nur umso mehr. Statt den Arbeitslosen sieht sie die Arbeitgeber in der Pflicht: Wer Fachkräfte will, müsse entsprechende Anreize liefern.

Linda Korn hofft auf die Weihnachtszeit. Da würde oft zusätzliches Personal gebraucht. Ihr Traumjob wäre nach wie vor Sozialarbeiterin, aber auch eine Anstellung als Reinigungskraft wäre in Ordnung. „Nach sieben Jahren möchte ich endlich wieder das Gefühl haben, dass ich auch ein Teil der Gesellschaft bin“, sagt sie. Arbeit bedeute für sie auch ein Stück Unabhängigkeit. In den Urlaub fahren zu können oder mal shoppen gehen. Vielleicht, irgendwann, sogar ein Haus zu bauen.

Leo Gabriel hat seinen Schwarztee ausgetrunken. Eine Stunde Zeit konnte er für unser Treffen reservieren, jetzt muss er zur nächsten politischen Veranstaltung. Am Wochenende steht eine große Aktionskonferenz auf dem Plan. Mindestens 100.000 Unterschriften brauchen sie, damit ihr Volksbegehren im Parlament behandelt wird. „Da gibt es noch viel zu tun.“

Iris Stroj führt stolz durch den Friseursalon „Anita“ im Zentrum von Mürzzuschlag. Sie grinst sichtlich zufrieden. Denn die, die sie da grüßt, sind Kolleg:innen. Seit sie im Februar hier wieder einen Job gefunden hat, kann sie zu Fuß zur Arbeit gehen, hat geregelte Arbeitszeiten und fühlt sich wohl unter ihren Kolleg:innen: „Do is so richtig cool oabadn.“ ◗

Suche Haushaltshilfe!

Ein Staatshaushalt funktioniert nicht wie ein Privatkonto. Denn auf Bundesebene sind Schulden nicht per se schlecht, und Ausgabenkürzungen können den Haushalt sogar belasten. Missverständnisse, unter denen vor allem Gemeinden leiden.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Jetzt Schulden abbauen? Keine gute Idee, sagt AK-Expertin Jana Schultheiß: „Es wäre vernünftiger zu investieren. Die Frage des Vermögensaufbaus ist derzeit viel zentraler, um neue Werte für künftige Generationen zu schaffen."

Gramais in Tirol ist die Gemeinde in Österreich mit den höchsten Schulden pro Einwohner:in. Dafür gibt es zwei einfache Gründe. Erstens leben in Gramais weniger als fünfzig Menschen und zweitens hat die „Perle des Lechtals" ein Kleinwasserkraftwerk und eine Abwasserentsorgung errichtet. Dank Förderungen sind die Darlehen gedeckt, das Kraftwerk erwirtschaftet jedes Jahr Gewinn, und der Schuldenstand geht seit Jahren zurück.

Die Gemeinde hat damit langfristig Vermögen aufgebaut. Für die Menschen, die dort leben, gibt es keine Nachteile. Warum sollte das auf Bundesebene anders sein? Ist es nicht, erklärt Jana Schultheiß, Referentin für öffentliche Haushalte und Sozialstaat in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien: „In der öffentlichen Debatte wird immer nur vom Schuldenstand gesprochen. Neue Schulden werden nur als Belastung wahrgenommen. Dabei wird verkannt, dass dahinter auch Werte stecken. Sind sie auf Investitionen zurückzuführen, werden sie zu öffentlichem Vermögen, das den Schulden gegenübersteht."

Schwäbische Hausfrau

Das liegt vor allem daran, dass sich auf Bundesebene der populistische Vergleich mit dem Privathaushalt durchgesetzt hat. Die deutsche – inzwischen – Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dem öffentlichen Diskurs diese Metapher eingebrockt, als sie im Rahmen der Finanzkrise bei einer Rede in Stuttgart 2008 forderte: „Man hätte einfach nur die schwäbische Hausfrau fragen sollen." Ein Menschenschlag, der in Deutschland als besonders sparsam gilt. Diese Eigenschaft hat Merkel auf den Bundes- und Europahaushalt übertragen. Doch der Vergleich ist schlicht unzulässig, wie Schultheiß betont: „Hinter dem Bild der schwäbischen Hausfrau steckt die Idee, eine Kürzungspolitik zu rechtfertigen. Das Bild appelliert an das Verständnis der Bürger:innen. Eine schwäbische Hausfrau kauft nur Dinge, die sie sich leisten kann, weil sie gut gewirtschaftet hat. Da gab es eine große moralische Komponente. Zudem wurde das Bild vertieft, dass der Privathaushalt mit dem Staatshaushalt gleichzusetzen ist. So einfach diese Aussage ist, so falsch ist sie auch!"

Bleiben bei einem Privathaushalt die Einnahmen gleich, während die Ausgaben verkleinert werden, bleibt am Monatsende Geld übrig. Beim Staatshaushalt sind Ausgaben und Einnahmen aber voneinander abhängig. Senkt die Regierung die Sozialausgaben, passiert vereinfacht Folgendes: Die Einnahmen der Bürger:innen sinken, weswegen sie weniger konsumieren können. Unternehmen haben mit weniger Nachfrage zu kämpfen und drosseln die Produktion. Das verringert die Steuereinnahmen und erhöht die Arbeitslosigkeit. „Auf den ersten Blick wirkt das vielleicht paradox: Ausgabensenkungen können dazu führen, dass das Defizit steigt", fasst Schultheiß die Situation zusammen.

Wie die Tiroler Schuldenmeister aus Gramais zeigen, gibt es beim Staatshaushalt eine zweite Ebene: die Gemeinden. Deren größte Einnahmequelle sind Ertragsanteile. Das ist ihr Stück vom Steuerkuchen, den sie vom Bund bekommen – vor allem Umsatzsteuer, Lohnsteuer und Körperschaftsteuer. In der Corona-Krise blieben nur noch Krümel übrig.

„Hinter dem Bild der schwäbischen Hausfrau steckt die Idee, eine Kürzungspolitik zu rechtfertigen."

Jana Schultheiß, AK-Expertin

Blick nach Trumau

Doch die Aufgaben der Gemeinden sind essenziell und können nicht einfach wegen sinkender Einnahmen eingestellt werden: Trinkwasserversorgung, Investitionen in Schulen und Kindergärten, Müllentsorgung. Die Liste ist lang. Entsprechend klar waren von Anfang an die Forderungen an die Bundesregierung. „Um die Gemeinden und Städte zu unterstützen hätte es den hundertprozentigen Ersatz des Einnahmenverlustes – 250 Euro pro Einwohner:in als direkte Förderung vom Bund, ca. 2,2 Milliarden Euro – und ein zusätzliches Investitionspaket geben müssen", sagt Andreas Kollross (SPÖ), Bürgermeister der Marktgemeinde Trumau und Nationalratsabgeordneter.

Das gab es von der schwarz-grünen Regierung nicht. Die stellte stattdessen das Kommunalinvestitionsgesetz auf die Beine, das jedoch einen Haken hatte, erklärt Kollross: „Das von der Regierung geschaffene Investitionsprogramm sowie die Sondervorschüsse in Höhe von einer Milliarde Euro können nämlich insbesondere von finanzschwachen Gemeinden nicht abgerufen werden, weil sie den 50-prozentigen Kofinanzierungsanteil nicht aufbringen können."

Ein Problem, das die Gemeinden noch lange beschäftigen wird, wie der Bürgermeister glaubt: „Dass ein Teil in den nächsten Jahren wieder an den Bund zurückzuzahlen ist, löst in den Kommunen weitere Probleme aus und verstärkt die Finanzkrise nachhaltig. Das Zentrum für Verwaltungsforschung hat berechnet, dass durch die verpflichtende Rückzahlung der Hilfen aus dem zweiten Gemeindepaket an den Bund ab 2024 erneut eine signifikante Verschlech-

terung der finanziellen Situation der Gemeinden eintreten wird.“ Für Lokalpolitiker:innen gehe es dabei um ganz unmittelbare Dinge wie Müllentsorgung und Trinkwasserversorgung, nicht um Parteipolitik oder parlamentarische Befindlichkeiten. Doch genau die müssen sie dann eben ausbaden. Weil es eben nicht leicht sei, ein Kommunalbudget zu erklären, und es der Bevölkerung vor Ort manchmal auch egal sei, wie Kollross erklärt. Seine Forderungen, um gemeindeeigene Dienstleistungen aufrechterhalten zu können,

„Es kamen viele schwarze Bürgermeister auf mich zu, weil sie sich von der Bundesregierung während der Corona-Krise im Stich gelassen gefühlt haben.“

Andreas Kollross, Bürgermeister Trumau

sind entsprechend deutlich: „Für die Gemeinden braucht es eine 100-prozentige Abgeltung des finanziellen Ausfalls durch die Corona-Krise, den ersatzlosen Entfall der Rückzahlungsverpflichtung aus dem zweiten Gemeindepaket und die Weiterführung des Kommunalinvestitionsprogramms mit einem jährlichen Volumen von einer Milliarde Euro bis 2024.“

Die Probleme sind nicht neu. In der Finanzkrise 2008 habe es ähnliche Diskussionen und einen Investitionsstau in den Gemeinden gegeben, wie Schultheiß erinnert: „In der Corona-Krise ist es deswegen wichtig, darauf zu schauen, dass die Gemeinden genug Mittel zur Verfügung haben, um weiter investieren zu können. Kommt es zu einem Investitionsstau, merkt man das ein paar Jahre später sehr deutlich an der Infrastruktur.“

Kollross und die SPÖ stehen mit den Forderungen nicht allein da. Denn bei den Schwierigkeiten in den Kommunen handelt es sich um ein parteiübergreifendes Problem. „Es gab viele schwarze Bürgermeister, die auf mich zugekommen sind, weil sie sich von der Bundesregierung während der Corona-Krise im Stich gelassen gefühlt haben“, so der Trumauer Bürgermeister.

Dieses Problem sei aktuell leicht zu vermeiden, erklärt Schultheiß. Österreich kann sich zu Nullzinsen Geld leihen und die Investor:innen stünden Schlange. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es absolut falsch, Schulden abzubauen. Und weiter: „Es wäre vernünftiger zu investieren. Die Frage des Vermögensaufbaus ist derzeit viel zentraler, um neue Werte für künftige Generationen zu schaffen.“

Sparpolitik ist eben nicht alternativlos, wie auch Schultheiß aufzeigt: „Auf der Einnahmenseite gibt es die Möglichkeit der vermögensbezogenen Steuern. Da sehe ich Aufholbedarf. Vergleicht man Österreich international, sieht man, dass wir sehr geringe oder gar keine Steuern auf Vermögen oder große Erbschaften haben.“ ◗

VIER BEKANNTE KRISEN-LEKTIONEN

Es wird Zeit, dass die Regierung aus der Finanzkrise 2008 lernt. Trotz einer Wirtschaft, die am Boden lag, und gewaltigen Investitionsbedarfs im sozialen Bereich setzten die wirtschaftlichen Großmächte in Europa – allen voran Deutschland – damals ein brutales Spardiktat durch. Die Europäische Union leidet darunter bis heute. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) aus Deutschland hat Studien dazu gesichtet und kam unter anderem zu folgenden vier Erkenntnissen:

1 / Die USA setzten nach der Finanzkrise 2008/09 auf eine Investitions- statt auf eine Sparpolitik. Bis ins Jahr 2016 sank dort die Arbeitslosigkeit von 9,6 auf 4,9 Prozent. In Europa war sie mehr als doppelt so hoch.

2 / In Staaten, in denen die rigide Sparpolitik besonders starke ökonomische oder soziale Auswirkungen hatte, kam es zu einem starken Anstieg des Rechtspopulismus. Vor allem in Frankreich, Italien, den Niederlanden und Österreich. Aus ökonomischer Sicht sind dafür vor allem die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die wachsende Ungleichheit verantwortlich.

3 / Konzentriert sich die Regierung eines Landes mitten in der Krise auf den Abbau der Schulden, werden die Kosten der Austeritätspolitik ignoriert. Diese zeigen sich vor allem in hoher Arbeitslosigkeit und Einschnitten im Sozialstaat, der als das Kapital der Menschen eines Landes gilt.

4 / Die Sparpolitik führte zu einer Absenkung der Reallöhne, einer Schwächung der Gewerkschaften und einem Rückgang der Tarifvereinbarungen. Hintergrund waren Gesetzesänderungen, mit denen Unternehmen solche unterlaufen konnten. Außerdem wurden die Kriterien für Flächentarifverträge so erhöht, dass kaum noch welche abgeschlossen werden konnten.

Warum ist Umverteilung nach unten notwendig?

© Ulrich Palzer

Wir verteilen um – jeden Tag. Jede:r, die oder der durch seine bzw. ihre Arbeit Geld verdient oder etwas kauft, zahlt Steuern. Steuern sind das Fundament, auf dem unsere Gemeinschaft steht: Wir finanzieren so Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Polizei und Justiz. Wofür wir wie viel Geld ausgeben, entscheiden wir alle gemeinsam. An der Wahlurne legen wir fest, welche Schwerpunkte uns wichtig sind, nach dem Prinzip: Ein Mensch, eine Stimme. Zumindest in der Theorie. Praktisch können es sich die oberen 10.000 locker leisten, dieses demokratische Prinzip zu unterwandern: Sie kaufen Zeitungen, gründen Fernsehsender, finanzieren Lehrstühle oder Think-Tanks, sie spenden mehr Geld an Parteien, die ihre Interessen vertreten, als Durchschnittsösterreicher:innen in ihrem ganzen Leben verdienen. Wer das weiß und sich trotzdem gegen eine gerechte Besteuerung von Vermögen ausspricht, ist kein Demokrat:in. Was uns anderen bleibt: hier gegenzuhalten und für Vermögenssteuern zu kämpfen. Niemand hat uns versprochen, dass das einfach wird.

MARLENE ENGELHORN
STUDENTIN, MILLIONENERBIN, MITINITIATORIN #TAXMENOW

Denen geht der Reis

Gesellschaftliche Ungerechtigkeiten brauchen stets ein Bild, das diese Ungerechtigkeiten als gerecht erscheinen lässt, erklärt Politikwissenschafterin Natascha Strobl. Das kann die „soziale Hängematte" sein oder das Bild vom Chips essenden Proll im grauslichen Unterleiberl.

INTERVIEW JOHANNES GRESS
FOTOS MICHAEL MAZOHL

NATASCHA STROBL
ist Politikwissenschafterin mit Fokus auf Rechtsextremismus und die „Neue Rechte". Unter dem Hashtag #NatsAnalyse analysiert sie auf Twitter regelmäßig (rechte) Diskursstrategien. Unlängst erschien ihr neues Buch „Radikalisierter Konservatismus" im Suhrkamp Verlag.

Arbeit&Wirtschaft: Wenn du den Begriff „soziale Hängematte" hörst, was löst das bei dir aus?

Natascha Strobl: Zunächst löst das in mir ein Abwehrgefühl aus, weil ich weiß, was mit dem Begriff bezweckt wird. Da ist natürlich ein Bild, das man sofort vor Augen hat: Eine Hängematte ist gemütlich, da legt man sich in den Garten, da scheint einem die Sonne auf den Bauch, vielleicht hat man noch ein Getränk daneben und döst ein bisschen vor sich hin, die Vögel zwitschern. Schön so eine Hängematte. Und genau das ist es, was damit bezweckt wird. In mir löst das auch Abscheu aus, weil es zynisch ist für das, was es sagen will.

Wieso sind solche Bilder in der Politik so häufig in Verwendung?

Weil wir auch in Bildern denken. Bilder sind ganz wichtig, auch um eine Sache begreiflich zu machen. Wir denken ja nicht in Zahlen oder in Fakten. Ein Tisch ist ja nicht nur ein Tisch, sondern der ist immer mit einer Erfahrung verbunden, mit einer Emotion. So funktioniert Sprache ganz generell, nicht nur in der Politik. Wenn man sich überlegt, wie wichtig über Jahrhunderte und Jahrtausende tradierte Erzählungen in unserer Gesellschaft sind, dann weiß man, wie wichtig Bilder sind. Dass die Politik sich das zu eigen macht, liegt auf der Hand. Es kommt nur immer darauf an, welche Bilder und gegen wen sie sich richten sollen, was sie bewirken sollen. Und natürlich kann man auch überemotionalisieren und kann nur mit Emotion arbeiten. Dann hat man Bilder, die mit der faktischen Realität relativ wenig zu tun haben. Genau dann kommt man in gefährliches Terrain.

Du hast unlängst ein Buch veröffentlicht mit dem Titel „Radikalisierter Konservatismus". Darin heißt es, bei den Konservativen ist die Vorstellung von zentraler Bedeutung, „Ungleichheit sei für das Funktionieren einer Gesellschaft konstitutiv. Klare Hierarchien sichern die soziale Ordnung". Inwiefern profitieren die Herrschenden von dieser vermeintlich notwendigen Ungleichheit?

Ein konservatives Bild von Gesellschaft baut darauf auf, dass jede bzw. jeder seinen oder ihren Platz in der gesellschaftlichen

„Wo sich Kapitalfraktionen einig sind, ist, dass nach unten keine Zugeständnisse gemacht werden. So funktioniert Klassenkampf.“

Natascha Strobl, Politikwissenschafterin

Rangordnung hat und dort auch bleibt. Das heißt, dass es nicht Aufgabe einer Gemeinschaft ist, Gleichheit zwischen Beherrschten herzustellen. Das kann durch natürliche Ungleichheitsverhältnisse begründet sein, was uns vor allem bei Geschlechterverhältnissen begegnet. Das kann genauso durch „Gott“ begründet sein. In einer konservativen Gesellschaftsordnung heißt es: Es gibt Ungleichheit – und die ist gut.

Viel bemüht unter Konservativen wird das Narrativ von der Eigenverantwortung und der Leistungsbereitschaft. Inwiefern nützt das den Herrschenden, was versprechen sie sich davon?

Wenn wir uns alle einfach nur anstrengen müssten, sich jede und jeder sehr bemüht und dann sehen wir schon, was am Ende rauskommt – das wäre eine schöne Idee. Aber in einer Gesellschaft, die geprägt ist von Machtverhältnissen, durch Antagonismen, die teilweise jahrhundertealt sind, Unterdrückungsverhältnisse, die sich in Vermögensverhältnissen oder im ungleichen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Bildung materiell ausdrücken, kann das nicht der Fall sein.

Also: Was hilft es den Herrschenden, wenn alles in Eigenverantwortung und individuell gelöst werden soll? Ganz klar: Die Verhältnisse bleiben so, wie sie sind. Man verhindert eine Organisierung oder ein kollektives Zusammengehen von Leuten, die vielleicht mehr bewegen könnten. Dieser ganze Individualisierungsdiskurs soll genau das bewirken: dass man zwar hin und wieder einzelne Personen feiern kann – aber die große Mehrheit bleibt da unten, wo sie hingehört, weil sie sich nicht genug angestrengt hat.

Und eine Frauenquote brauchen wir dann auch nicht, weil's ja Frauen gibt, die's ganz nach oben geschafft haben …

… und die eine solche Quote dann auch ablehnen. Wir haben dann immer diese drei Frauen im Rampenlicht, die es irgendwie geschafft haben. Aber erstens sind das Ausnahmen, die bei Weitem nicht die Regel darstellen. Und zweitens muss man sich natürlich anschauen, wo die herkommen. Es spielen nie nur Geschlechterverhältnisse eine Rolle. Dadurch, dass es vermögende Frauen nach oben schaffen, hat sich strukturell nichts geändert.

Mit Blick auf diese diskursiven Strategien: Wieso schaffen es die Herrschenden, gemeinsam ein koordiniertes strategisches Interesse zu artikulieren, um ihre Interessen durchzusetzen – und die Lohnabhängigen nicht? Oder anders: Wieso findet derzeit ein „Klassenkampf von oben“, aber keiner „von unten“ statt?

Klassenkampf ist ja da, ob man will oder nicht, ob man ihn nun sieht oder nicht. Dass sich Kapitalinteressen besser organisieren können, ist nicht verwunderlich. Aber das Interessante, was wir derzeit sehen: auf gut Wienerisch, denen geht der Reis. Wir hatten in den vergangenen Jahren derart viele Krisen – von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, der Corona-Krise bis zur Klimakrise. Die haben schon auch Angst, denn manche Teile des Kapitals wissen, dass es schwierig wird. Auch unter einzelnen Kapitalfraktionen besteht ein Konkurrenzverhältnis. Wir sehen nicht nur Klassenkampf von oben gegen unten, sondern auch die Kämpfe innerhalb des Kapitals.

Und das bedeutet meistens nichts Gutes für die unten. Denn was will Kapital machen? Es will akkumuliert, es will mehr werden. Und wenn's mit Demokratie geht, gut, wenn's nur ohne Demokratie geht, auch gut. Das hat die Geschichte bewiesen. Wo sich Kapitalfraktionen einig sind, ist, dass nach unten keine Zugeständnisse gemacht werden. So funktioniert Klassenkampf. Das lässt sich auch nicht auflösen, das ist konstitutiv für das System, in dem wir leben.

Welche Funktion erfüllt hierbei die Konstruktion bestimmter Feindbilder? Also beispielsweise die Linke, Migrant:innen, Feminist:innen oder eben „faule Arbeitslose“ …

Die sind ganz, ganz wichtig. Wir haben zwei Ebenen, auf denen sich das Ganze abspielt. Wir haben die materielle Ebene: Was passiert ganz konkret mit Staatsvermögen, was passiert mit Steuergeld, wie schaut ein Sozialstaat und ein Gesundheitssystem aus, wie ist Arbeit organisiert? Und dann haben wir eine Kulturkampf-Ebene, wo es um die Konstruktion (sprachlicher) Feindbilder geht. Die hat schon früh die extreme Rechte für sich vereinnahmt, konservative Kräfte springen derzeit auf diesen Zug auf. Diese beiden Ebenen verlaufen nicht parallel, sondern gehen laufend ineinander über. Das beste Beispiel sind Arbeitslose: Es reicht nicht, es den Arbeitslosen im Leben möglichst schwer zu machen und Leistungen zu streichen. Sondern man muss noch suggerieren, dass die eigentlich gar nicht arbeiten wollen. Wenn man das mit diesen Feindbildern rechtfertigt, schlucken es die Leute eher. Denn wer will für jene in die Bresche springen, die jeden Tag bis elf Uhr schlafen? Das sind ja nun wirklich keine sympathischen Leute …

Der britische Journalist Owen Jones beschreibt das in seinem großartigen Buch „Chavs: The Demonization of the Working Class“ (deutsch: „Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse“; Anm. d. Red.). Er beschreibt darin, wie Arbeitslose angeblich den ganzen Tag zu Hause sitzen, Reality-TV schauen, Chips essen und sich nicht bewegen, fett sind und nur in grauslichen Unterleiberln herumsitzen. Dieses Bild, das da gezeichnet wird, ist so stark, dass sich niemand mehr in der Gesellschaft für diese Menschen einsetzen will. Das sind dann nur noch die Witzfiguren am Rand der Gesellschaft, die es ohnehin verdient haben: Das ist der Kulturkampf. Dass man ihnen das Geld wegnimmt – das ist der Klassenkampf.

„Arbeitslose Menschen sind dann nur noch die Witzfiguren am Rand der Gesellschaft“, beschreibt Politikwissenschafterin Natascha Strobl negative Framing-Mechanismen.

Ein Punkt, der mir in deinem Buch fehlt, ist eine Antwort auf die Frage, woher der „radikalisierte Konservatismus“ kommt, worin die politischen und historischen Gründe dafür liegen …

Wir haben nach 1945 in einer Zeit des relativen Wohlstands gelebt. In einer Zeit, in der versucht worden ist auszugleichen, zu harmonisieren, um die Gesellschaft zu befrieden. Daraus haben sich Parteien entwickelt, die bereit waren, diesen Zustand aufrechtzuerhalten. Auch weil sie davon profitiert und Wahlen gewonnen haben. In den meisten Fällen in Europa war das eine konservative und eine sozialdemokratische Partei. Es war stets Konsens da, dass man nicht wirklich mit diesem System bricht. Aber dieser wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus hat Risse bekommen, dieses Nachkriegssystem wird materiell und ideologisch nicht mehr lange halten. Das liegt zum einen an den schon vorher angesprochenen Krisen, aber auch an der polarisierenden Vermögensverteilung und daran, dass die Leute einfach merken, auch wenn sie arbeiten gehen, geht es sich am Ende des Monats trotzdem nicht mehr aus.

Du ziehst im Buch sehr oft Vergleiche zwischen Donald Trump und Sebastian Kurz, zwei auf den ersten Blick doch sehr unterschiedliche Politiker und Charaktere. Wieso ähneln sich die beiden trotzdem?

Ich würde sie sogar als das exakte Gegenteil voneinander bezeichnen. Wir hatten hier diesen sehr impulsiven älteren Typen, bei dem man das Gefühl hatte, er hat sich gar nicht unter Kontrolle. Und dann haben wir diesen sehr kalkulierten, überlegten und vorbereiteten Sebastian Kurz, der viel jünger ist. Aber sie haben sehr viel mehr Gemeinsamkeiten, als der erste Eindruck vielleicht hergibt. Diese harschen Attacken auf Institutionen des Rechtsstaats, auf Medien und auf den Sozialstaat – das sind Strategien, die sehr ähnlich sind. Das Ziel ist nicht die direkte Zerstörung des Staates, aber die Aushöhlung. Wir sehen das in Österreich bei den gezielten Attacken auf Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft und in den USA, wo Trump den Supreme Court gezielt mit eigenen Leuten besetzte.

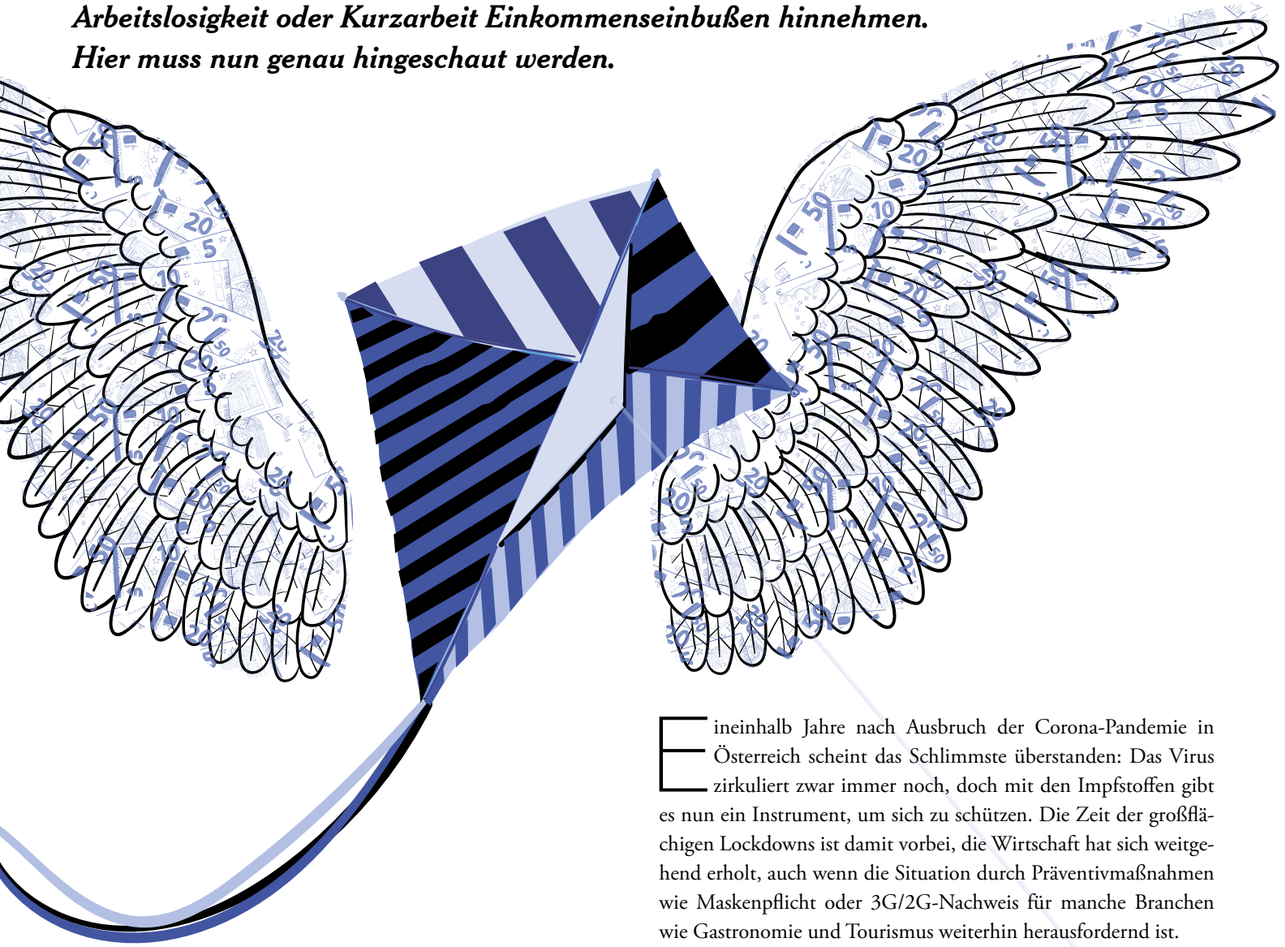
Genauso wichtig wie diese Aushöhlungsstrategien ist der permanente Regelbruch, seien es formelle Regeln wie Gesetze, aber vor allem informelle Regeln. Dass man permanent gegen Anstand, Moral und Etikette verstößt. Hier sehe ich viele Gemeinsamkeiten. ◗

& PODCAST

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter
www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Alle müssen den Aufschwung spüren

Die Corona-Hilfsmaßnahmen haben gewirkt: Der Wirtschaft geht es großteils gut, die Erwerbsarbeitslosigkeit geht zurück. Viele Arbeitnehmer:innen mussten aber durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit Einkommenseinbußen hinnehmen. Hier muss nun genau hingeschaut werden.



TEXT ALEXIA WEISS

Eineinhalb Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie in Österreich scheint das Schlimmste überstanden: Das Virus zirkuliert zwar immer noch, doch mit den Impfstoffen gibt es nun ein Instrument, um sich zu schützen. Die Zeit der großflächigen Lockdowns ist damit vorbei, die Wirtschaft hat sich weitgehend erholt, auch wenn die Situation durch Präventivmaßnahmen wie Maskenpflicht oder 3G/2G-Nachweis für manche Branchen wie Gastronomie und Tourismus weiterhin herausfordernd ist.

Die Regierung hat seit dem Frühjahr 2020 durch massive Förderungen versucht, die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu erhalten. Dafür wurden bisher über 40 Milliarden Euro in die Hand genommen. Der Plan ist aufgegangen, doch AK und ÖGB sehen eine leichte Schieflage: Während ein Teil der Unternehmen rückblickend kaum Einbußen oder sogar Gewinne zu verzeichnen hatte, haben viele Arbeitnehmer:innen durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit massive Einkommensverluste erlitten.

So wichtig es auch im Sinn der Beschäftigten war, Unternehmen zu stützen, habe sich doch gezeigt, dass die Regierung hier ein Fördersystem geschaffen habe, das teils zu Überförderungen geführt haben könnte, wie Heinz Leitsmüller, Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft in der AK Wien, betont. Ähnliches deutete unlängst auch Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker an. Der Rechnungshof prüft derzeit die ausgezahlten Corona-Hilfen.

Darauf weist einerseits die niedrige Anzahl an Insolvenzen hin, so Leitsmüller: 2019 gab es 5.018 insolvente Unternehmen. Im ersten Halbjahr 2021 waren es dagegen nur 1.059. Andererseits zeigen das bereits vorliegende Bilanzen für das Jahr 2020, von denen ein Teil gegenüber 2019 Gewinne dokumentiert. Viele Betriebe konnten also ihre Ausfälle durch die Wirtschaftshilfen der Regierung gut abdecken – wobei das System der verschiedensten Hilfstöpfe auch ein Fördershopping ermöglicht(e): Steuerberater:innen suchen nun nach den individuell besten Lösungen, wie Helmut Gahleitner, Experte für Wirtschaftspolitik in der AK Wien, betont, und das auch völlig legal. Zu kritisieren sei hier die Regierung, die einen aus Unternehmenssicht durch lange Antragsfristen und die Möglichkeit, zwischen Fördertöpfen hin- und herzuwechseln, sehr flexiblen Rahmen geschaffen habe.

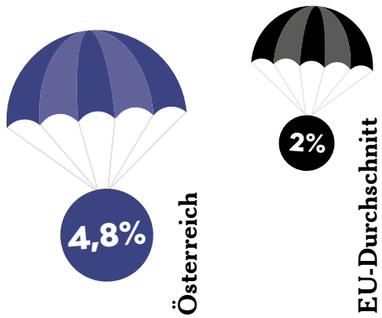
Wer sich bedient

Was allerdings aus Arbeitnehmer:innensicht doch etwas sauer aufstößt: Während manche eben erst nach monatelanger Erwerbsarbeitslosigkeit wieder einen Job angetreten haben, wurden inzwischen auch teils großzügig Boni und Dividenden ausgeschüttet. Rainer Wimmer, Vorsitzender der Gewerkschaft PRO-GE, kann das an konkreten Daten festmachen: In der Metallindustrie sei coronabedingt ein Produktionsrückgang von etwas über zehn Prozent zu verzeichnen gewesen. Doch die Erholung habe rasch stattgefunden. Während man 2020 mit der Auszahlung von Dividenden vorsichtig gewesen sei, sei das heuer nicht mehr spürbar. „2020 war die Ausschüttungsquote in der Metallindustrie mit 30 Prozent eher zurückhaltend, heuer werden jedoch nach den uns vorliegenden Daten für die ganze Branche nahezu die gesamten Gewinne des Vorjahres an die Eigentümer:innen ausbezahlt. Acht börsennotierte Betriebe der Metallindustrie haben bereits ihre Konzernabschlüsse für das Vorjahr veröffentlicht, sechs davon haben die Dividende erhöht. Die Eigentümer:innen langen also wieder kräftig zu."

Zeit, nun darauf zu schauen, dass Arbeitnehmer:innen auch am Aufschwung partizipieren. „Zentral sind hier nun sicher die Lohnrunden im Herbst", betont Dominik Bernhofer, Steuerrechts-

Corona-Unternehmenssubventionen in Prozent des BIP 2020

Quelle: Momentum Institut



Während manche erst nach monatelanger Erwerbsarbeitslosigkeit wieder einen Job angetreten haben, wurden inzwischen auch teils großzügig Boni und Dividenden ausgeschüttet.

Es brauche Investitionen in Kinderbetreuung, Pflege, Klimaschutz, meint ÖGB-Expertin Miriam Baghdady. Das bringe mehr für die Wirtschaft als Steuergeschenke an die Unternehmen.

Arbeitnehmer:innen müssen auch etwas vom Aufschwung spüren. Dominik Bernhofer, AK-Steuerrechtsexperte, hält besonders die Herbstlohnrunden für essenziell.

experte der AK Wien. Gewerkschafter Wimmer präsentiert sich daher für die Metaller kämpferisch: Viele Betriebe hätten die Krise genutzt, um ihre Gewinnsituation und die Gesamtrentabilität zu optimieren: „Das muss sich nun auch in höheren Löhnen für die Beschäftigten niederschlagen."

ÖGB-Chef Wolfgang Katzian und AK-Präsidentin Renate Anderl fordern zudem eine Entlastung für Arbeitnehmer:innen in Höhe von drei Milliarden Euro. Die zweite Etappe der von der Regierung geplanten Steuertarifsenkungen soll zwar nun einen Teilausgleich der kalten Progression bringen, also jener Steuermehrbelastung, die entsteht, wenn die Eckwerte eines progressiven Steuertarifs nicht an die Preissteigerungsraten angepasst werden. „Zusätzlich müssen aber auch Steuerbeträge wie die steuerfreien Taggelder und Zulagen an die Inflation angepasst und sozialpolitische Maßnahmen gesetzt werden, um die zu entlasten, die nichts von der Steuersenkung haben", betont Miriam Baghdady vom Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB. Das schaffe auch Konjunkturimpulse, „weil Arbeitnehmer:innen mehr im Börsel haben", gibt Bernhofer zu bedenken.

Der AK-Steuerexperte fordert hier zum Beispiel eine gerechte Förderung von Familien. Aktuell profitieren 180.000 Kinder überhaupt nicht vom bestehenden Familienbonus-System. Weitere rund 150.000 Kinder müssten mit dem reduzierten Kindermehrbetrag auskommen. Auch der Kinderzuschlag für Arbeitslose, der derzeit nur 97 Cent pro Tag und Kind betrage, sei seit Jahren nicht angepasst worden. „Wenn man etwas für Familien tun will, muss man hier Verbesserungen erreichen", betont Bernhofer.

Einig sind sich ÖGB- und AK-Expert:innen, dass nun die falsche Zeit für Sparpakete oder eine Nulldefizit-Politik ist. „Wir brauchen Investitionen in Kinderbetreuung, Pflege, Klimaschutz", sagt etwa Baghdady. Das bringe mehr für die Wirtschaft als Steuergeschenke an die Unternehmen. ◗

VIER GEDANKEN ZU CORONA-HILFEN

Ausfallsbonus, Fixkostenzuschüsse, Garantien, Verlustersatz, Lockdown-Umsatzersatz, NPO-Unterstützungsfonds, Härtefallfonds, ein Gemeindepaket, Kurzarbeit, Steuerstundungen und -herabsetzungen: Die Regierung band zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie einen „großen bunten Strauß an Fördermaßnahmen", wie es Helmut Gahleitner, Experte für Wirtschaftspolitik in der AK Wien, formuliert. Ziel war es, Betrieben das Überleben zu sichern, die Liquidität und vor allem auch Arbeitsplätze zu erhalten. Mit Stand Mitte September wurden laut Wirtschaftsministerium Hilfen in Höhe von über 40 Milliarden Euro ausbezahlt beziehungsweise genehmigt.

1 / Der höchste Anteil davon fiel mit über zehn Milliarden Euro auf die Kurzarbeit. Mit etwas über sieben Milliarden Euro schlugen Garantien zu Buche, drei Milliarden wurden unter dem Titel Ausfallsbonus ausbezahlt, 1,7 Milliarden als Fixkostenzuschuss zur Verfügung gestellt, 5,4 Milliarden Euro als Soforthilfe, 3,4 Milliarden Euro gab es bisher an Umsatzersatz.

2 / Am Ende wird die Bilanz der Corona-Hilfen aber noch höher ausfallen – die Antragsfrist für einige der Maßnahmen endet erst mit Jahresende, zudem kann man sich auch noch bezüglich einzelner Fördertöpfe umentscheiden, bereits Erhaltenes rückerstatten und dafür Mittel aus einer anderen Kategorie beantragen.

3 / Abgewickelt werden all diese Hilfen von der COFAG, der COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH. Durch diese Konstruktion habe die Regierung die Corona-Hilfsmaßnahmen der parlamentarischen Kontrolle entzogen, kritisieren AK und ÖGB.

4 / So wichtig es war, die Wirtschaft zu stützen und Arbeitsplätze zu sichern: Gewünscht hätten sich die Arbeitnehmer:innenvertretungen mehr Transparenz und weniger Nebeneinander verschiedenster Fördertöpfe.

Der Teufelskreis der Bildungsarmut

Bildungsarmut war über Jahrhunderte für die Mehrheit der Arbeitenden Normalzustand. Der Sozialstaat hat viel verbessert, aber ganz konnte er die Bildungsbarrieren noch immer nicht beseitigen. AK und ÖGB kämpfen dafür, diese Ungerechtigkeit zu beenden.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Meine Großmutter kam vor 120 Jahren aus dem ungarischen Siebenbürgen nach Kärnten. Sie erzählte mir oft, dass sie mit zwölf Jahren nicht mehr in die Schule gehen durfte und sich manchmal unter das Fenster des Klassenzimmers schlich, um zuzuhören, und dabei oft bitterlich weinte. Ihr ging es damals wie fast allen Kindern aus Arbeiter:innen-Familien und aller anderen Armen: Die Tür zu Bildung und Wissen war für sie fest verrammelt. In Österreich und Böhmen endete die Schulpflicht zwar mit 14 Jahren, aber die Behörden schauten bei Kinderarbeit sehr oft weg. Wenzel Holek aus Böhmen, der später ein engagierter Gewerkschafter wurde, schilderte in seinen Erinnerungen den Teufelskreis der Bildungsarmut: „Sehnsüchtig wartete ich, bis wir zum Lesen kämen … Ich ahnte ja nicht, dass meine Eltern schon wieder einen neuen Wanderplan beschlossen hatten. … Nach meiner Heimkehr nahm ich meinen Schulbesuch wieder auf. … Bevor der Winter verging, … hatte (ich) meine Kameraden so ziemlich eingeholt … Schlechter ging es mir dann, als ich kurze Zeit später wieder der Schule entrissen wurde und auf einen neuen Bahnbau wandern musste.

© Sammlung Pellar

Wandbild im Gemeindebau Sandleitenhof. Mit besseren Wohnungen, fortschrittlichen Kindergärten und Schulen baute das „rote Wien" nach 1918 die ersten Bildungsbarrieren ab. Was auch bis heute fehlt, zeigte sich in den Pandemie-Lockdowns.

Zu Hause ermutigte mich niemand. … Die Mutter verstand von all dem, was die Schule betraf, nichts und blieb höchst gleichgültig. … Heute weiß ich wohl, dass nicht sie allein die Schuld trifft, dass es vielmehr der Fluch der gesellschaftlichen Verhältnisse war, der von einer Generation Armer auf die andere übertragen wird. Und mich traf das Unglück der geistigen Verkrüppelung doch noch nicht so hart wie meine Geschwister. Sie alle haben noch viel weniger, ja fast gar nichts in der Schule gelernt."

Solche Zeiten sind vorbei, seit der Sozialstaat aufgebaut wurde, aber die Folgen jahrhundertelanger Diskriminierung wirken nach. Noch immer sind die Bildungschancen in Österreich ungleich verteilt, wie zuletzt die Lockdowns wieder sichtbar machten. Deshalb ist es so wichtig, dass AK und ÖGB nicht lockerlassen, wenn es um den Kampf gegen Bildungsarmut geht. ◗

Arbeit&Wirtschaft 8/2021

Endlich Jobs für alle!

Erwerbsarbeitslosigkeit macht etwas mit Menschen, ihrem Sozialleben und ihrem Alltag. Immer wieder wird eine „Jobgarantie“ ins Feld geführt, also das Versprechen auf sichere Arbeit. Die Idee dahinter: Alle, die einen Job wollen, sollen auch einen bekommen – und zwar vom Staat garantiert. Gerade Langzeitarbeitslose, deren Zahl durch die Corona-Krise wieder weiter gestiegen ist, würden immens profitieren. Wir haben einen Blick auf aktuelle Zahlen und Modellrechnungen geworfen.

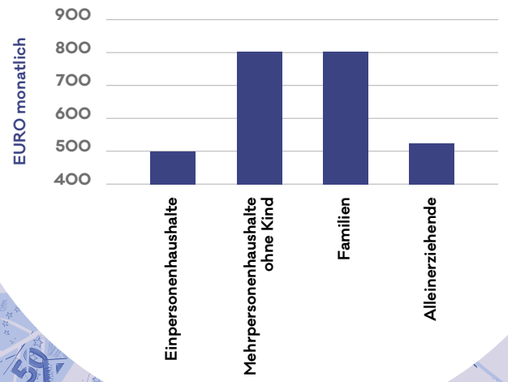
Mit einer Jobgarantie würde sich überall das monatliche Einkommen erhöhen. Kinderlose Mehrpersonenhaushalte und Familien profitieren am meisten, weil diese jetzt im Vergleich zu Single-Haushalten weniger Notstandshilfe und Sozialhilfe beziehen, die ja beim Wechsel in die Jobgarantie wegfallen.

Gesellschaftlich betrachtet profitieren jene am meisten von einer Jobgarantie, die niedrige Bildungsabschlüsse vorzuweisen haben – sie sind Hauptbetroffene von Langzeitarbeitslosigkeit. Anders beim Einkommen: Das von Menschen mit einem Studium oder Meisterlehre verdoppelt sich im Vergleich zum verfügbaren Einkommen sogar.

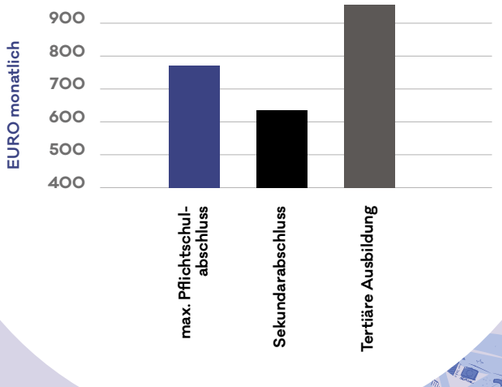
Ein deutlicher Unterschied zeigt sich im Geschlechtervergleich. Das Einkommen von Frauen steigt mit Jobgarantie um 876 Euro (88,5 % ihres verfügbaren Einkommens), das von Männern um 642 Euro (59,6 % ihres verfügbaren Einkommens). Der Grund: Frauen beziehen im Schnitt weniger Arbeitslosengeld, daher ist der Einkommenssprung in Beschäftigung viel höher.

In allen drei hier angeführten Szenarien erhalten die Jobgarantie-Teilnehmer:innen den vom ÖGB für Kollektivverträge geforderten monatlichen Mindestlohn von 1.700 Euro brutto. Es zeigt sich: Die Armutsgefährdung senkt sich massiv, die Jobgarantie ist ein effektives Instrument, Armut zu bekämpfen. Denn derzeit gelten 72 Prozent aller Langzeitarbeitslosen in Österreich als armutsgefährdet.

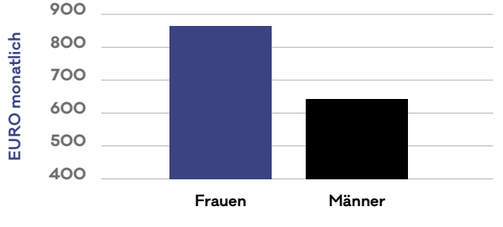
Durchschnittlicher Anstieg des Haushaltseinkommens



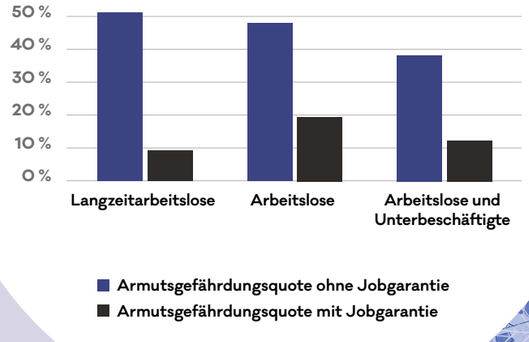
Anstieg des Einkommens nach Ausbildungsgrad



Anstieg des Einkommens nach Geschlecht



Auswirkung einer Jobgarantie auf die Armutsgefährdung



Quellen: Tamara Premrov, Leonard Geyer, Nicolas Prinz (2021): Arbeit für alle? Kosten und Verteilungswirkung einer Jobgarantie für Langzeitbeschäftigungslose in Österreich | Daniel Haim, 2021: A Job Guarantee Proposal for Austria: Public Policy for Full Employment and the Reduction of Poverty and Inequality | EU-SILC

Recherche: Anja Melzer, Illustrationen: Miriam Mone, Layout: Thomas Jarmer

Krise?
Welche Krise?

Die Wirtschaft brummt wieder. Aber die gesellschaftliche Krise ist nicht vorüber. Die ist durch wachsende Ungleichheit, Prekarität, oftmals stagnierende Einkommen und durch die drohende Klimakatastrophe gekennzeichnet. Diese Krise muss jetzt bekämpft werden.

TEXT ROBERT MISIK

Wir sind gerade in einer ganz eigentümlichen Phase, als Staat, als Gesellschaft, aber auch als einzelne Bürger und Bürgerinnen. Wir haben eineinhalb Jahre Krise hinter uns, Ausnahmezustand. Eine Pandemie brach über uns herein, was erst ein Schock war, aber uns nicht nur in Angst versetzte, sondern auch in Staunen. Doch irgendwann machten die Belastungen nur mehr müde. Parallel dazu Lockdowns und Wirtschaftseinbruch, viele Menschen wurden arbeitslos, viele verloren an Einkommen, und noch viel mehr waren von Existenzangst gebeutelt.

Jetzt haben wir das Gefühl, dass wir das Ärgste hinter uns haben, und zugleich die Ahnung, dass das vielleicht nur eine trügerische Hoffnung ist. Fünf Milliarden Impfungen wurden mittlerweile auf dem gesamten Planeten verabreicht. Die Pandemie grassiert weiter, aber wie sehr wird sie unser Leben noch beeinträchtigen? Vierte Welle, nächster Lockdown – wird es uns noch einmal hart treffen? Es fühlt sich an, als würde sich alles langsam wieder normalisieren, aber zugleich haben wir unsere Zweifel, ob das nicht gerade nur eine trügerische Entspannung ist, bevor es wieder übler wird.

Bei jeder Normalisierung die leise Angst, dass das alles nur ein fauler Zauber sein könnte.

Arbeit&Wirtschaft 8/2021

Das gilt auch für die Erholung des Wirtschaftssystems und der Konjunktur. Viele haben Schlimmstes erwartet: Die globale Stilllegung der Wirtschaft würde eine Katastrophe verursachen und zu ungekannter Massenarmut führen. Das ist jedenfalls ausgeblieben. Viele Menschen hatten schmerzhafte Einkommensverluste, einige hat es besonders hart getroffen. Die Erwerbsarbeitslosenzahlen sind mittlerweile auf rund 280.000 zurückgegangen, das ist im Grunde das Vorkrisenniveau. In einem Großteil der vergangenen 13 Jahre sah es am Arbeitsmarkt deutlich düsterer aus, nachdem uns die Finanzkrise und deren Folgen eine skandalös hohe Massenarbeitslosigkeit eingebrockt hatte, die erst ab etwa 2017 merkbar zurückging. Heute klagen viele Branchen sogar über Arbeitskräftemangel. Die gesamte Wertschöpfung – also das BIP – wird 2021 wohl schon wieder den Wert des Jahres 2019 erreichen, obwohl ganze Branchen immer noch pandemiebedingt leiden. Die Industrie läuft sowieso auf Hochtouren.

„Wo ist sie eigentlich, diese Krise?“, fragen manche Leute da erstaunt.

Verkehrte Welt

Zumindest die großen Industriestaaten, die USA, Nordamerika generell, die europäischen Länder, sind – gemessen an den Gefahren – bisher sehr gut durch diese Krise gekommen, und das hat damit zu tun, dass die Regierungen sehr viel richtig gemacht haben. Sie haben den ökonomischen Absturz verhindert, die Konjunktur gestützt, Unternehmen gerettet, die Beschäftigung stabilisiert – etwa mit dem Kurzarbeitssystem – und sie haben in Europa beispielsweise dafür gesorgt, dass die ökonomisch besonders verwundbaren Länder nicht in eine Todesspirale geraten. Plötzlich war auch für den verbohrtesten Konservativen klar, dass die Staaten massiv intervenieren müssen.

In den USA sind die Einkommen der Schwächsten sogar gestiegen – weil die Trump-Regierung einfach Schecks an alle Arbeitslosen geschickt hat, dank derer viele Leute mehr Einkommen hatten als vorher mit ihren prekären Jobs im Niedriglohnsektor. Die Krise brachte den endgültigen Niedergang des Neoliberalismus und eine neue Art Keynesianismus, so das Urteil mancher Kommentatoren. Weniger Markt, mehr Staat, das werde bleiben, so die Prognose, und selbst das Zentralorgan aller Wirtschaftsliberalen, der britische „Economist“, feiert das geradezu. Verkehrte Welt.

Ja, aber

„So einfach ist es aber auch wieder nicht“, warnt Adam Tooze vor allzu hoffnungsfrohen Interpretationen. Der Starökonom von der New Yorker Columbia University hat gerade ein neues Buch herausgebracht: „Welt im Lockdown“. Ja, die Regierungen sind heute wieder aktivistischer im Wirtschaftsleben, ja, es ist auch jedem klar, dass die Einkommen normaler Menschen wieder wachsen müssen, wenn man stabile Nachfrage und Prosperität haben will, und ja, das wirtschaftstheoretische Denken in der Mainstream-Ökonomie ist global in den vergangenen Jahren nach links gerückt.

„Aber was getan wurde, ist zugleich äußerst konservativ“, sagt Tooze. „Es wurden einfach alle gerettet. Die Finanzanleger, die Banken, die Unternehmen, die Arbeitsplätze,

Jetzt ist die akute Krise zu Ende – aber die Ungleichheit und Unfairness sind immer noch da.

die Lohnempfänger, auch die EPUs und die Prekären haben etwas bekommen – aber die, die vorher reich waren, haben mehr bekommen, und die, die weniger hatten, haben weniger bekommen. Die Ungleichheit ist noch gewachsen. Alles, was vorher schlecht war, wurde auch stabilisiert." In seinem Buch liest sich das so: Die Rezepte des Neoliberalismus wurden überall über den Haufen geworfen, „gleichzeitig aber erfolgte das im Rahmen der neoliberalen Hinterlassenschaften".

Jetzt ist die akute Krise zu Ende – aber die Ungleichheit und Unfairness sind immer noch da.

Es wurde nicht nur mit der Gießkanne über das gesamte System Geld ausgegossen, damit die Krise nicht in eine Katastrophe mündet, „bei manchen gab es einen regelrechten Wasserfall", sagt Markus Marterbauer, der Chefökonom der Arbeiterkammer, in Hinblick auf Österreich. Die großen Konzerne und viele Unternehmen haben übermäßig profitiert, aber jetzt beginnt der ÖVP-Teil der Regierung bereits über Steuersenkungen für die oben und „härtere Einschnitte für die Arbeitslosen" nachzudenken.

Härte für die Armen und Wohlfahrt für die Reichen

„Wenn man sich die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ansieht, dann ist der Anteil der Unternehmenseinkommen und Gewinne im Verhältnis zu den Arbeitnehmer:innenentgelten in der Krise gestiegen", ergänzt David Mum, Ökonom bei der Gewerkschaft GPA, „und das ist in einer Krise wirklich erstaunlich. Normalerweise brechen die Gewinne stärker ein als die Löhne und Gehälter."

Es wäre ein fataler Fehler, den Schalter jetzt umzulegen und wieder business as usual zu betreiben. Dadurch würde die Konjunktur wohl sehr schnell wieder in den Keller fallen, außerdem bleiben die großen Herausforderungen ja da: erstens das anpacken, was bisher liegen geblieben ist (etwa in der Infrastruktur, die dringend Investitionen braucht), zweitens wieder für mehr Gerechtigkeit sorgen und drittens der massive Umbau, um die Klimakatastrophe zu bekämpfen.

Würde man alles zusammen hinbekommen, wäre ein neues „Wirtschaftswunder" denkbar wie in den „gloriosen dreißig Jahren" zwischen 1945 und 1975, in denen wirtschaftliches Wachstum, Wohlstandszuwachs und mehr Gleichheit Hand in Hand gingen.

US-Präsident Joe Biden verspricht, „das Land wieder von unten und aus der Mitte aufzubauen". Sein unmittelbares Rettungsprogramm, sein Infrastrukturprogramm und sein Job-Programm summieren sich auf sagenhafte knapp sieben Billionen Dollar – für die nächsten zehn Jahre. Das klingt aber nur astronomisch. Die Infrastrukturmaßnahmen, um die Klimakatastrophe zu verhindern und für die Post-Carbon-Ära umzurüsten, summieren sich gerade auf 0,5 Prozent des US-amerikanischen BIP. „Viel zu wenig", so das Urteil von Adam Tooze. Und zudem sei nicht einmal ausgemacht, dass Biden einen relevanten Teil seines Programmes durch einen schwer polarisierten Kongress – also die beiden Häuser des US-Parlaments – bringt. „Wir haben hier eine viel zu bescheidene Größenordnung und wissen noch nicht einmal, ob Biden viel davon durchsetzen kann."

Flüstergedichte vom Sparen

Man muss kein großer Prophet sein, um vorherzusagen, dass die Konservativen und Wirtschaftsliberalen schon in den Startlöchern scharren, um wieder zu trommeln: Die Schulden seien das größte Problem, die Regierungen müssten die Sparstifte ansetzen, insbesondere bei den großen Ausgaben für Soziales, Pensionen, im Gesundheitswesen. Und die Unternehmen müssten „entlastet" werden. Dabei ist es völliger Unfug, zu behaupten, dass die Unternehmen zu wenig Geld für Investitionen haben – eher das Gegenteil ist der Fall. Aber man kann das Flüstern förmlich schon hören in den konservativen Parolen-Schmieden: „Es war richtig, Geld auszugeben, aber jetzt müssen wir sparen."

Genau das war der Fehler, der nach der Finanzkrise von 2008 gemacht wurde: Nachdem zunächst die Banken gerettet wurden und die Konjunktur gestützt war, geriet vor allem die Europäische Union auf den Irrweg einer brutalen Sparpolitik – die uns allen am Ende ein verlorenes Jahrzehnt einbrachte. Die Wirtschaftsleistung der gesamten Eurozone erreichte deshalb erst 2015/16 wieder den Vorkrisenwert.

„Es geht hier auch um das Narrativ", sagt Robert Habeck, der deutsche Grünen-Politiker, dessen Partei wohl in einer künftigen deutschen Regierung sitzen wird. „Was sind denn Schulden, die wirklich drückend sind? Die wirklichen Schulden, die wir unseren Kindern nicht hinterlassen dürfen, sind stinkende Toiletten in den Schulen, sind fehlende Tablets für die Schüler, ist die Überausbeutung in vielen Branchen, sind zubetonierte Städte."

„Die unmittelbare Krise mag überwunden scheinen, aber wir haben eine Gesellschaftskrise, und wenn man nichts tut, kommen wir mit noch mehr Ungleichheit heraus", sagt David Mum. Oder – wie Habeck meint: „Wenn alle sparen, geht die Wirtschaft unter."

Und die Alternative? Investitionen und ein Ausbau des Sozialstaates, weshalb es auch keinen Spielraum für die Senkung von Unternehmenssteuern gibt, sondern auch Vermögenssteuern und höhere Abgaben für die Überreichen braucht, beispielsweise aber auch höhere Besteuerungen der Tech-Multis – durch die von den G-20 paktierte globale Mindeststeuer geht es hier wenigstens erstmals in die richtige Richtung.

Prekäre Beschäftigung und Lohndumping müssen bekämpft werden, damit die Einkommen der verwundbarsten Arbeitnehmer:innen auch wieder steigen – und sich dann das gesamte Lohngefüge hebt. „Glücklicherweise wird das durch die Arbeitskräfteknappheit teilweise von selbst geschehen", sagt Markus Marterbauer, „das hebt die Einkommen."

Win-win-Spiel

„Wir sind in einer permanenten Krise", sagt auch Lea Steininger, Forscherin an der WU, die sich vor allem mit Geld- und Finanzpolitik beschäftigt. „Das Gute ist aber, dass ein ökosozialer Umbau sowohl das ist, was wir aus Klimagründen brauchen, und zugleich stabilisierend für das System als Ganzes wirkt." Dieser Umbau sorgt für Investitionen, Innovationen, schafft Arbeitsplätze und damit Einkommen, die sich wiederum in ordentliche Nachfrage übersetzen. Ein Win-win-Spiel, sozusagen. Und die finanziellen Ressourcen haben die Staaten allemal.

„Etwas Zweites, was immer mehr diskutiert wird, ist eine staatliche Arbeitsplatzgarantie", meint die Forscherin. „Wer erwerbsarbeitslos ist, bekommt einen Job angeboten, etwa bei einer Gemeinde. Zu tun gibt es ja genug. Das würde aber zugleich die Verhandlungsposition aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken, weil die Angst vor der Arbeitslosigkeit zumindest geringer würde. Und dann würden auch die Einkommen wieder stärker steigen." ◗

Hilfe jetzt, Revolution später

In der Corona-Krise konnte der Sozialstaat seine Stärken ausspielen. Doch kaum ist am Horizont eine Erholung sichtbar, werden Einschnitte geplant. Die sind wenig lösungsorientiert, sondern von politischer Ideologie getrieben. Es folgt ein Gegenvorschlag.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Plötzlich ging alles ganz schnell. Die Corona-Pandemie hatte weite Teile der Wirtschaft im Würgegriff. Während Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiteten, an ihre Belastungsgrenze kamen, bangten viele andere um ihren Arbeitsplatz. Den durften viele nicht einmal mehr besuchen. Neben Milliardenförderungen für Unternehmen beschloss die Regierung ein generöses Kurzarbeitergeld, das viele Familien vor existenziellen Problemen bewahrte.

Der Sozialstaat erlebte eine Renaissance. „Die Bedeutung des Sozialstaats hat sich in der Krise erhöht, weil viele gesehen haben, dass der Staat stark geholfen hat, um die Folgen der Krise abzufedern. Für Familien wie auch für Unternehmen", erläutert Nadia Steiber, Professorin für Sozialstrukturforschung und Quantitative Methoden an der Universität Wien. Sie hat gemeinsam mit Bernd Liedl und Philipp Molitor die Studie „Einstellungen zum Sozialstaat in der COVID-19 Gesundheits- und Arbeitsmarktkrise" verfasst.

Ängste und Sorgen

Doch eine einmalige Hilfe reicht nicht. Viele Menschen sind nach wie vor verunsichert. Die Pandemie und die Erfahrung, wie dünn die Decke des wirtschaftlichen Erfolgs sein kann, wirkt nach. „Derzeit machen sich sehr viele Menschen Sorgen, dass sie doch noch finanzielle Probleme bekommen werden im Laufe der Krise. Und sie erwarten in dieser Situation, dass sie der Staat dann auffängt. Und sie erwarten von der Politik, dass Jobs geschaffen werden. Das ist eigentlich der Fokus der Erwartungen", fasst Steiber die Sorgen zusammen.

Arbeit&Wirtschaft 8/2021

„Die wichtigste Botschaft ist, dass die Menschen dafür sind, dass es umverteilende Maßnahmen gibt, die dazu führen, dass niemand in Österreich arm sein muss."

Nadia Steiber, Universität Wien

Eigentlich ein Aufruf an den Staat, soziale Ängste zu zerstreuen, Sorgen ernst zu nehmen und mit einem gemeinsamen Wir-Gefühl an der Bewältigung der Krise zu arbeiten. Aktuell ist jedoch eher das Gegenteil zu sehen. Während die Arbeitslosigkeit stetig zurückgeht, lässt die ÖVP in Person von Arbeitsminister Martin Kocher eine Arbeitsmarktreform diskutieren. Deren Kern ist es, mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Leistungen zu kürzen, Menschen auch fern ihrer eigentlichen Qualifikation in Jobs zu bringen und ihnen die Zuverdienstmöglichkeiten zu kürzen.

Es geht also darum, den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen. „Das wollte die ÖVP schon lange verstärkt auf die Agenda setzen. Dieser Punkt eignet sich auch sehr gut, um sozialpolitischen Debatten einen gewissen Spin zu geben", erklärt Marcel Fink, Politologe am Institut für Höhere Studien (IHS) und Experte für Sozialpolitik, gegenüber Arbeit&Wirtschaft. „Spin" bedeutet in diesem Zusammenhang, dass ausschließlich Ideen diskutiert werden, die vom Wirtschaftsbund kommen, der seine Vorschläge „Beschäftigungsanreize" nennt.

Einen Widerspruch zwischen dem generösen Kurzarbeitsgeld und der jetzigen Diskussion rund um die Arbeitsmarktreform sieht Fink nicht, verweist aber darauf, dass es sich letztlich um eine politische Strategie handeln würde. Beim Kurzarbeitsgeld sei eben die Kernbelegschaft betroffen gewesen – eine größere Wähler:innengruppe. „Das war im Interesse der Arbeitgeber und nicht nur der Arbeitnehmer:innen. Deswegen hat man rasch einen kostenintensiven Konsens gefunden."

Zumal es sich beim Kurzarbeitergeld nicht um eine strukturelle Reform gehandelt habe, sondern eben nur um eine Ad-hoc-Maßnahme. Genauso die Erhöhung der Notstandshilfe und eine mögliche Anhebung der Nettoersatzrate. Dahingehend war die Pandemie vielleicht sogar hilfreich. Sie hat Schwächen aufgedeckt, die vorher für viele Menschen unsichtbar waren. „Das sind Punkte, von denen wir schon immer gesagt haben, dass sie problematisch sind. Aber durch die stärkere Betroffenheit ist das niedrige Leistungsniveau zunehmend sichtbar geworden", betont Fink.

Wobei das in diesem Zusammenhang fast schon beschönigend klingt. Steiber macht es konkreter: „Die Familien mussten, sofern sie Ersparnisse hatten, auf diese zugreifen. Und viele Familien haben keine Ersparnisse. Familien, die vorher schon stark armutsgefährdet waren, mussten Schulden machen oder sich eben in puncto Ausgaben sehr stark einschränken." Dazu kämen, wie Fink weiter ausführt, die Probleme im Alltag. Also die Doppelbelastung der Eltern, die sowohl arbeiten als auch Vollzeit ihre Kinder betreuen mussten.

Das hat die Sorgen der Menschen massiv verstärkt. Ihre Studie sei zu folgendem Ergebnis gekommen, erklärt Steiber: „Vor der Krise haben ungefähr acht Prozent der Familien gesagt, dass sie nur schwer mit dem Haushaltseinkommen auskommen. Dieser Anteil ist auf mehr als ein Fünftel gestiegen. Das heißt, jede fünfte Familie ist subjektiv armutsgefährdet." Das verändere den Blick auf den Sozialstaat, so Steiber weiter: „Das ist ein sehr hoher Prozentsatz in der Bevölkerung, den es zu bedenken gilt, wenn man die Bevölkerung fragt, wie sie aktuell zum Sozialstaat steht."

Dass der Sozialstaat finanzierbar ist, stehe außer Frage, so der IHS-Politologe Marcel Fink. „Die Frage ist in dem Zusammenhang, wie man die Mittel am effizientesten einsetzt."

Leute wollen keine Kürzungen

Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie haben die Bürger:innen einen zentralen Wunsch an die Regierung und den Sozialstaat: „Die wichtigste Botschaft ist, dass die Menschen dafür sind, dass es umverteilende Maßnahmen gibt, die dazu führen, dass niemand in Österreich arm sein muss. Dass der Sozialstaat ein Sicherheitsnetz bietet – vor der Krise, in der Krise, nach der Krise", fasst Steiber eine Erkenntnis ihrer Studie zusammen. Kürzungen bei den Pensionen oder im Gesundheitswesen seien nicht gefragt. „Wenn es um die Fragen geht: Wie werden wir aus der Krise rauskommen? Wie finanzieren wir all diese unglaublich riesigen Ausgaben, die der Staat jetzt tätigt? Dann sind die Menschen eher dafür, große Unternehmen und hohe Einkommen stärker zu besteuern und nicht die Leistungen des Sozialstaats zu kürzen. Die Mehrheit der Bevölkerung hat aber auch keine großen Einkommen oder Unternehmen", erklärt Steiber.

Fink schätzt die Situation ähnlich ein wie die von Steiber befragten Österreicher:innen: „So etwas wie eine weitere Senkung der Körperschaftsteuer ist kontraproduktiv. Was auf die Agenda gehört, ist die Frage der Besteuerung des Vermögens oder das österreichische Stiftungsrecht." Doch sei dies in seinen Augen eine Diskussion, die gar nicht geführt werden müsste: „Wir haben die Debatte über die Finanzierbarkeit des Sozialstaats nicht nur in Österreich, sondern international seit den 1970ern. Wir sehen empirisch, dass er finanzierbar ist. Die Frage ist in dem Zusammenhang, wie man die Mittel am effizientesten einsetzt."

Eine zweite Debatte sei die Frage der Herkunft der Mittel, so Fink. Ein Totschlagargument sei stets, dass zu hohe Steuern und Sozialabgaben die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs einschränken würden. Doch Unternehmen würden langfristige Entscheidungen eben nicht allein von diesen Facetten eines Staates abhängig machen. Jedes Land ist schließlich mehr, als sich auf einer Steuererklärung ablesen lässt. „Wenn parallel das Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte hoch ist und sozialer Frieden und finanzielle Planbarkeit herrschen, zeigt sich, dass auch hohe Sozialabgaben mit internationalen Investitionsentscheidungen großer Unternehmen kompatibel sind."

„Wer weniger einzahlt, der bekommt auch weniger raus. Und wer mehr einzahlt, der kriegt mehr raus. Das reproduziert aber Ungleichheit."

Marcel Fink, Politologe IHS

Immer mehr atypisch Beschäftigte

Doch für die Zukunft werde die Regierung nicht um eine wirkliche Strukturreform des Sozialstaates herumkommen. Hintergrund ist der Wandel in der Arbeitswelt. Die Zahl der atypisch Beschäftigten steigt. Gab es in Österreich davon im Jahr 2004 rund 338.000, waren es im Jahr 2019 schon 474.000, wie die Statistik Austria angibt. Zwar gibt es deutlich weniger freie Mitarbeiter:innen, doch die Zahl der Arbeitsverträge mit weniger als zwölf Wochenstunden, befristete Dienstverträge und Leiharbeit haben sich verdoppelt.

Aus Sicht des Staatshaushaltes und vor allem mit Blick auf den Sozialstaat ist das bedenklich. Denn dort ist in Österreich das Äquivalenzprinzip stark verankert, wie Fink erklärt. „Ganz vereinfacht gesagt: Wer weniger einzahlt, der bekommt auch weniger raus. Und wer mehr einzahlt, der kriegt mehr raus. Das reproduziert aber Ungleichheit." Vor allem aber kann es dazu kommen, dass der Lohnersatz nicht ausreicht, um Menschen vor Armut zu bewahren. Genau das ist aber eine zentrale Forderung der Bürger:innen an den Sozialstaat, wie Steiber betont.

Doch den Wandel auf dem Arbeitsmarkt wird die österreichische Regierung nur schwer aufhalten können. Weil der sich aber auf das Arbeitslosengeld genauso auswirkt wie auf die spätere Pension, sind Lösungen gefragt. Und die hat Fink: „Für gewisse Leistungen würde ein universeller Basissockel Sinn ergeben. Am leichtesten umsetz- und argumentierbar wäre der bei der Altersabsicherung. Wie in Dänemark könnte man eine wohnzeitabhängige Grundpension einführen. Unabhängig vom Erwerbs- und Versicherungsverlauf wäre dann niemand im Alter armutsgefährdet."

Dänische Grundrente

In Dänemark (und Holland) bekommen alle Einwohner:innen eine Grundrente. Deren Höhe ist an die Dauer des Wohnsitzes gekoppelt. Wer seit vierzig Jahren (fünfzig in Holland) im Land lebt, bekommt sie in voller Höhe. Wer auf weniger Jahre kommt, kriegt seine Grundrente proportional gekürzt.

Aktuell wollen die Bürger:innen eine solche tiefgreifende Reform allerdings nicht, hat Steiber herausgefunden. Den Menschen sei aktuell weniger daran gelegen, das System umzubauen. Das ginge an der Lebensrealität vorbei. Aktuell wünschen sie sich vor allem, dass der Staat sie in einer Notlage auffängt. Mehr nicht. Ob das so bleiben wird, sei unklar. „Es ist noch ein bisschen früh zu prognostizieren, ob es tatsächlich zu einem politischen Wandel kommen wird. Unabhängig von der eigenen Position im politischen Spektrum ist jetzt jeder dafür, dass der Staat eine starke Rolle einnimmt – das wird sich natürlich wieder ändern."

Diese Zurückhaltung in der Bevölkerung sei aber genauso schnell wieder verschwunden, wie sie gekommen sei. „Es ist in einer Krise immer so, dass die Bevölkerung den handelnden Akteur:innen mehr Vertrauen entgegenbringt. Das ist ein temporärer Effekt." ◗

ACHT ERWARTUNGEN AN DEN SOZIALSTAAT

Im Juni 2020 hat das Institut für Höhere Studien (IHS) 2.000 Personen zu ihrer Einstellung zum Sozialstaat befragt. Die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK hat die repräsentative Studie herausgegeben. Grundsätzlich zeigt sie eine breite Unterstützung des Sozialstaates. Acht Meinungen der Österreicher:innen sind hier in Zahlen gegossen:

1 / Über 60 Prozent der Befragten gaben an, dass der Sozialstaat in der Corona-Krise an Bedeutung gewonnen habe.
2 / 75 Prozent fordern vom Staat, dass mehr dafür getan wird, Armut zu verringern. Vor allem die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird als zu niedrig empfunden.
3 / 60 Prozent empfinden die Vermögensunterschiede in Österreich als ungerecht groß. Jedoch ist der Wert im Vergleich zur Zeit vor Corona nahezu gleich geblieben. Er ist in Österreich traditionell sehr hoch.
4 / Ebenfalls 75 Prozent finden, dass der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um die Einkommensunterschiede zu reduzieren. Während der Corona-Pandemie wurde dieser Wunsch zwar stärker, aber auch er ist in Österreich traditionell stark ausgeprägt.
5 / 50 Prozent der Befragten stimmten einer stärkeren Besteuerung von Vermögen und hoher Einkommen zur Finanzierung der Corona-Pandemie zu.
6 / 64 Prozent wollen eine stärkere Besteuerung großer Unternehmen. Es ist die Maßnahme mit der höchsten Zustimmung.
7 / Lediglich 20 Prozent würden einer Einschränkung der Sozialleistungen zustimmen, um die Folgen der Corona-Pandemie zu finanzieren.
8 / Nur 50 Prozent unterstützen Maßnahmen, die Erwerbsarbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard sichern sollen. Hier gibt es allerdings innerhalb der Altersgruppen große Unterschiede. Bei den 20- bis 29-Jährigen sind 52 Prozent dafür, bei den 60- bis 64-Jährigen sogar 57 Prozent. Nur bei den 40- bis 49-Jährigen stürzt der Wert auf 40 Prozent ab.

Sozialstaatsbeiträge sichern Standards

Die Abgaben in Form der Lohnnebenkosten in Österreich sichern uns allen viele Vorteile und stabilisieren den Sozialstaat. Dabei ist klar: Sie sind weder konjunkturhemmend noch unternehmens- oder standortschädigend, wie von Teilen der Wirtschaftskammer behauptet wird.

TEXT STEFAN MAYER

Was bringt so ein Sozialstaat überhaupt? Sehr viel kann man hierauf antworten. Laut aktuellen Zahlen gibt Österreich jährlich 113 Milliarden Euro für Sozialleistungen aus. Das entsprach 2019 etwa 29 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – 2020 waren es krisenbedingt 34 Prozent – und ist weltweit gesehen ein recht ansehnlicher Wert. Die größten Anteile an den Ausgaben gehen in die Bereiche Pensionen (45 Prozent) und Krankheit/Gesundheitsversorgung (26,4 Prozent). Die verbleibenden knapp 30 Prozent verteilen sich auf die Bereiche Familie/Kinder, Invalidität, Hinterbliebene, Arbeitslosigkeit sowie Wohnen und soziale Ausgaben.

„Österreichs Sozialausgaben machen seit 1995 konstant zwischen 27 und 30 Prozent der Wirtschaftsleistung aus und stabilisieren damit unser Gesellschaftssystem“, sagt der Referent für Sozialstaatsfragen, Norman Wagner, von der AK Wien. Sozialleistungen in Österreich setzen sich aus Geld- und Sachleistungen zusammen. Rund zwei Drittel des Geldes werden ausgezahlt, und ein Drittel entfällt auf Sachleistungen wie beispielsweise städtische Kindergärten.

Eine wichtige Einnahmequelle des Staates für die Finanzierung des sozialen Netzes sind die Lohnnebenkosten bzw. Sozialstaatsbeiträge, die Unternehmen für Angestellte und Arbeiter:innen zu entrichten haben und die teilweise auch selbst von den Arbeitnehmer:innen bezahlt werden. „Lohnnebenkosten setzen sich aus unterschiedlichen Teilen zusammen, die man nicht in einen Topf werfen darf. Da ist zunächst jener Teil, der nur in der WKO-Rechnung als Lohnnebenkosten bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber aus Zahlungen besteht, die direkt die Arbeitnehmer:innen bekommen“, meint Sepp Zuckerstätter von der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien. Und weiter: „Das sind Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Oder die Fortzahlung im Fall eines Krankenstands. All das sind Lohnkosten, die die Arbeitnehmer:innen direkt als Einkommen erhalten.“ Was fällt alles unter die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgebern? Neben der Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung ist es der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), der Insolvenz-Entgelt-Zuschlag (IESG), die Wohnbauförderung, die Kommunalsteuer und die betriebliche Vorsorgekasse. Ein Beispiel: Bei der Krankenversicherung werden die Kosten beinahe paritätisch geteilt. Hier zahlen die Arbeitnehmer:innen 3,87 Prozent und Arbeitgeber 3,78 Prozent. Was also in Summe 7,65 Prozent bedeutet. „Auch wenn man diese Ausgaben immer ‚Arbeitgeberbeitrag‘ nennt, so ist es doch die Wertschöpfung der Arbeitnehmer:innen, die dem zugrunde liegt“, sagt die Ökonomin und Referentin im Grundlagenbereich des ÖGB, Julia Stroj.

Öffentlich krankenversichert in Österreich

Quelle: Handbuch der österreichischen Sozialversicherung

Quelle: Dachverband der österreichischen Sozialversicherung (2020): Handbuch der österreichischen Sozialversicherung

Wertschöpfung durch Arbeit

„Der Sozialstaat hat vielfältige Aufgaben: Er schützt bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder im Alter, bekämpft die sozialen Folgen von Wirtschaftskrisen oder verringert die ungleiche Verteilung von Einkommen und Chancen“, schreibt Wagner in seiner aktuellen Publikation „Sozialstaat Österreich. Aufgaben, Leistungen, Finanzierung“ über einen gut funktionierenden Wohlfahrtsstaat. Und er konstatiert weiter: „Unser Bedarf nach Leistungen des Sozialstaats ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Nicht weil unsere Ansprüche immer größer geworden sind, sondern weil der Druck in der Arbeitswelt gestiegen ist.“ Somit wäre auch eine Kürzung der Lohnnebenkosten ein Schritt in die falsche Richtung und würde auf Dauer weder den Arbeitnehmer:innen noch den Arbeitgebern hilfreich sein. Was man sich kurzfristig spart, kann einem zukünftig äußerst teuer zu stehen kommen.

Sozialleistungen stärken daher die soziale Absicherung und erhalten Standards, die es auf einer rein steuerfinanzierten Basis in dieser Form nicht geben könnte. Einen gesetzlichen Anspruch auf Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung hätte man dann keinen mehr. Leistungsansprüche wären dadurch deutlich volatiler und abhängig von parlamentarischen Mehrheiten. Wirtschaftsliberale Parteien hätten damit deutlichen Einfluss auf das persönliche Wohl der einzelnen Arbeiter:innen und Angestellten. Somit ließe sich zwar Klientelpolitik machen, aber gleichzeitig würde für ein weiteres Anwachsen der Ungleichheit in Österreich gesorgt, da sich nicht alle das „Gesamtpaket Sozialstaat“ leisten könnten.

„In Österreich finanzieren die Dienstgeberbeiträge, sprich die Lohnnebenkosten, viele Bereiche“, sagt auch die Expertin der Volkswirtschaftsabteilung des ÖGB, Miriam Baghdady. Neben den oben genannten Punkten werden über diese Beiträge beispielsweise auch Familienleistungen wie Schüler:innenfreifahrten und Schulbücher finanziert. „Die Lohnnebenkosten sind eine wesentliche Finanzierungskomponente des österreichischen Sozialstaats. Die damit finanzierten Sozialleistungen kommen allen Menschen zugute. Diejenigen, die sich regelmäßig für eine Senkung aussprechen, argumentieren damit, dass damit ja mehr Beschäftigung geschaffen werde und höhere Löhne ausgezahlt werden könnten. Einerseits sind diese Effekte wissenschaftlich umstritten, andererseits sind sie, wenn überhaupt, nur von kurzer Dauer und wirken nicht nachhaltig“, so Baghdady.

Was Österreich von anderen unterscheidet

Ungefähr 18 Prozent der Bruttolöhne und -gehälter zahlen Arbeitnehmer:innen und 25 Prozent zahlen die Arbeitgeber in dieselben Töpfe der Sozialversicherung ein. „Unser Sozialsystem finanzieren zum größten Teil die arbeitenden Menschen. Wenn wir die Abgaben auf Löhne und Gehälter kürzen, muss parallel immer die Frage mitüberlegt werden, wie wir auf anderem Weg unseren Sozialstaat finanzieren“, sagt Wagner von der AK Wien. In Österreich sind 99,9 Prozent der Bevölkerung von der öffentlichen Krankenversicherung geschützt. Ein klarer Vorteil im Vergleich zu weniger wohlfahrtsstaatlich orientierten Ländern, die viel auf Selbstversicherung setzen.

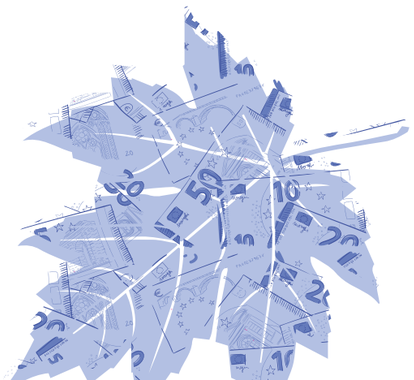
„In Ländern, in denen das Sozialsystem nicht so stark wie in Österreich ist, müssen derartige Leistungen oft privat bezahlt werden. Wenn eine teurere ärztliche Behandlung ansteht, kann dies zu finanziellen Engpässen und sogar dazu führen, dass diese Kosten über Jahre hinweg abbezahlt werden müssen“, so Miriam Baghdady. Ähnlich sieht es Sepp Zuckerstätter: „Der Grund, warum andere Länder wie die Schweiz niedrigere Lohnnebenkosten haben, liegt oftmals daran, dass die Krankenversicherung privat aus dem Lohn

„Keine einzige Arbeitnehmer:in hätte auch nur einen Euro mehr, wenn der KV-Beitrag auf der Arbeitgeberseite gesenkt würde“, meint ÖGB-Expertin Julia Stroj.

oder Gehalt der Beschäftigten bezahlt werden muss – was gerade für Familien mit Kindern oft viel teurer ist, aber aufgrund der anderen Verrechnung nicht als Teil der Lohnnebenkosten aufscheint, auch wenn es die Beschäftigten genauso belastet.“

Getarnte Lohnsenkungen

Besonders im Fall des Gesundheitswesens kann man gute Vergleiche ziehen. Obwohl der Sozialstaat auch vor 50 Jahren bereits relativ gut ausgebaut war, ist er es heute noch besser. Von 1.000 Neugeborenen starben 1970 noch 26 im ersten Lebensjahr. 2020 waren es nur mehr drei. Und konnte man damals mit einer Lebenserwartung von 70 Jahren rechnen, können aktuell geborene Kinder von 82 Jahren ausgehen. Das alles mitfinanziert durch Lohnnebenkosten. Dass das 13. und 14. Gehalt unter die Kategorie Lohnnebenkosten fällt, wie oft behauptet, stimmt so auch nicht. Handelt es sich dabei schließlich um durch Arbeitnehmer:innen erwirtschaftete Leistungen. „Bei ‚Lohnnebenkosten‘ wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld oder der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall sind die geforderten Senkungen eigentlich nur schlecht getarnte Lohnsenkungen“, so Zuckerstätter. ◗



DREI FRAGEN ZUM THEMA

an Julia Stroj, Ökonomin und Referentin im Grundlagenbereich des ÖGB

Der Krankenversicherungsbeitrag macht vonseiten der Arbeitgeber mit 3,78 Prozent nur einen kleinen Teil aus. Weshalb ist er dennoch so wichtig?
Der größte Vorteil der öffentlichen Krankenversicherung ist, dass sie solidarisch und kraft Gesetzes ist. Das heißt, dass niemand aufgrund von gesundheitlichen Risiken ausgeschlossen wird und die Beiträge nach dem Einkommen – also den finanziellen Möglichkeiten – berechnet werden, nicht nach individuellen Kosten. Bei einer Senkung der Beiträge und geringeren finanziellen Mitteln würden all jene darunter leiden, die auf das öffentliche Gesundheitswesen vollständig angewiesen sind und sich keine Selbstbehalte oder Privatversicherungen leisten können.

Es gibt Behandlungen und Medikamente, die von den wenigsten Menschen bezahlt werden könnten, weil sie so teuer sind. Inwieweit hilft die Sozialversicherung?
Ja, es kommen immer mehr sehr teure Medikamente auf den Markt. Viele Therapien wären mit einem durchschnittlichen Einkommen nicht finanzierbar, aber retten Leben. Beispielsweise Medikamente zur Behandlung von Schwarzem Hautkrebs. Hier liegen die durchschnittlichen Kosten pro Jahr bei rund 124.000 Euro. Oder: Das Medikament Revlimid gegen bösartige Tumorerkrankungen des Knochenmarks kostet knapp 100.000 Euro im Jahr.

Was würde sich für Arbeitnehmer:innen ändern, wenn die Lohnnebenkosten gesenkt würden, wie es die WKO in regelmäßigen Abständen fordert?
Hängt natürlich davon ab, wo sie ansetzen. Aber bleiben wir beim Beispiel mit der Krankenversicherung. Keine einzige Arbeitnehmer:in hätte auch nur einen Euro mehr, wenn der KV-Beitrag auf der Arbeitgeberseite gesenkt würde. Gleichzeitig gäbe es ein ordentliches finanzielles Loch. Und entweder müsste man sparen oder Selbstbehalte einführen. Übrigens auch etwas, was die WKO regelmäßig fordert.

BLOG

Elke Larcher, Referentin in der Abteilung Bildungspolitik der AK Wien
Jana Schultheiß, Referentin in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien
Norman Wagner, Referent in der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

Zusammengefasst von Anja Melzer

Bekämpfung von Kinderarmut muss politische Priorität werden

Es ist eine Schande, dass in einem reichen Land wie Österreich Kinder in Armut aufwachsen müssen. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, hat die Volkshilfe mit ihrem Modell der Kindergrundsicherung das Thema verstärkt aufs Tapet gebracht, und auf EU-Ebene wurde jüngst eine „Kindergarantie“ erarbeitet. Nun hat auch die Arbeiterkammer ein umfassendes Paket zur Bekämpfung von Kinderarmut vorgelegt, das neben Geldleistungen auf Bildungschancen und Unterstützungsangebote setzt. Keine leckere Jause, nicht auf Ausflüge mitfahren können, keine tollen Geschichten vom Wochenende oder Urlaubserlebnisse erzählen können – Kindern, die in Armut aufwachsen, bleiben viele Erlebnisse aufgrund von finanziellen Hürden verborgen. Umgekehrt haben sie Sorgen, die anderen Kindern völlig fremd sind. Das hat weitreichende Folgen: Armutsbetroffene Kinder ziehen sich häufig zurück, beteiligen sich weniger und fühlen sich oftmals nicht zur Gesellschaft zugehörig.

In Österreich leben laut EU-SILC-Daten 2020 der Statistik Austria 362.000 Kinder in einem Haushalt, der es sich nicht leisten kann, unerwartete Ausgaben zu tätigen, 105.000 Kinder bzw. deren Eltern können aus finanziellen Gründen nicht wenigstens einmal im Monat Freund:innen einladen. Besonders erschwerend in Zeiten des Homeschoolings ist die Tatsache, dass 65.000 Kinder in Haushalten leben, die sich keinen PC leisten können. Die Voraussetzung, Chancen überhaupt ergreifen zu können, gibt es nur, wenn die materiellen Grundbedürfnisse gesichert sind. Ein reiner Fokus auf Geldleistungen greift in der Bekämpfung von Kinderarmut aber zu kurz.

Um ein gelingendes Leben führen zu können, muss man sich nicht nur Essen, Miete, Heizung oder Kleidung leisten können. Auch ein Handy zu haben wie alle anderen oder ein Kinobesuch ab und zu gehören dazu. Aufgabe der Politik ist es sicherzustellen, dass Familien genug Geld haben, um all diese Ausgaben zu bestreiten, und somit soziale Ausgrenzung zu vermeiden. Damit Tausende Kinder und Jugendliche nicht schon am Anfang ihres Lebens abgehängt werden, muss es Investitionen in den Sozialstaat und höhere Unterstützungsleistungen geben, damit Chancengerechtigkeit im Bildungssystem erreicht wird.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Ein Appell ans Schulsystem

Ilkim Erdost leitet seit Kurzem den Bereich Bildung, Konsument:innen und Wien in der AK Wien. Im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft kritisiert sie den verpatzten Schulstart und fordert eine Schule, die für alle Kinder da ist.

INTERVIEW ALEXIA WEISS

Arbeit&Wirtschaft: Die Schulen sind teils holprig in den zweiten Corona-Herbst gestartet. Wie wichtig ist nun ein Jahr mit Präsenzunterricht?
Ilkim Erdost: Ich finde, dass der Schulstart wirklich sehr verpatzt gelaufen ist. In der Spitzenzeit waren zu Schulbeginn allein in Wien bis zu 700 Klassen gesperrt. Mit den neuen Quarantäneregelungen hat sich das ein bisschen entspannt, nichtsdestotrotz ist man wieder sehenden Auges in eine Situation gekommen, die für viele Familien und Schüler:innen, aber auch für viele Lehrer:innen und Schulleitungen unerträglich ist.

Lernen ist ein sozialer Prozess, das wissen wir seit langer Zeit. Man hätte nie den Eindruck erwecken dürfen, dass das Arbeiten zu Hause in irgendeiner Art und Weise das Lernen in der Gruppe oder in der Schule ersetzen oder kompensieren kann. Und wie kommen Eltern dazu, als Lehrpersonal einspringen zu müssen, das können sie auch nicht leisten. Die soziale Kluft ist dadurch noch einmal sehr stark auseinandergegangen.

Kinder haben es in unserem Schulsystem grundsätzlich umso schwerer, je weniger sie ihre Eltern beim Lernen unterstützen können. Was sind aus Ihrer Sicht die größten Barrieren, wenn es um Chancengleichheit geht?
Das österreichische Schulsystem hat unvergleichliche Beharrungsmechanismen. Die Welt rundherum verändert sich aber rasant. Wir stehen vor einem riesigen Strukturwandel am Arbeitsmarkt, in der Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren – das ändert sich ja. Und die Schule nicht. Das System Schule hat es geschafft, alle Probleme, die mit dem Lernprozess oder mit dem Unterricht verbunden sind, nach außen zu delegieren.

Hier muss ein Paradigmenwechsel ansetzen. Kinder – egal, woher sie kommen, egal, welchen sozialen Background sie haben – sind umfassend davon abhängig, dass Schule funktioniert und dass Schule für sie da ist. Ja, es gibt Kinder, die haben zusätzliche Ressourcen, da kann das Elternhaus kompensieren. Aber dann gibt es Kinder, für die Schule die einzige Chance auf Teilhabe in ihrem weiteren Lebensweg ist. Die Schule muss daher aufhören, nach außen zu delegieren, und es braucht zweitens einen strukturellen Wandel. Das heißt: Kinder dürfen nicht so früh getrennt werden. Der Unterricht muss ganztags stattfinden. Die Schüler:innen sollen mit leeren Schultaschen wieder nach Hause gehen. All das, was Lernen und Schule betrifft, soll in der Schule stattfinden, und Schule soll so viel Freude machen, dass Schüler:innen jeden Tag gerne dorthin gehen. Dafür braucht es auch eine andere Unterrichtskultur.

Sie haben hervorgestrichen, dass sich die Welt verändert. Da spielt die Digitalisierung eine große Rolle. In der Schule hat die Corona-Krise im Bereich Digitalisierung als Turbo gewirkt. Dabei wurde aber das Erlernen des Umgangs mit dem Computer vor allem bei jüngeren Kindern den Eltern überantwortet.
Die Digitalisierung ist in der Schule viele Jahre viel zu kurz gekommen. Jetzt hat es im Zug der Pandemie einen enormen Druck gegeben, relativ schnell Strukturen aufzubauen, um Distance-Learning möglich zu machen. Das ist unterschiedlich gut gelungen. Oft wurde darauf hingewiesen, dass die Infrastruktur fehlt, und das stimmt. Aber es ist das Leichteste, wie es jetzt auch passiert, mehrere tausend Laptops zu kaufen und sie Schüler:innen in die Hand zu drücken.

Es ist aber eine völlig andere Frage, wie hier die Vermittlung verankert ist. Da und dort gibt es sehr ambitionierte Projekte, und es gibt viele Lehrer:innen, die sehr engagiert sind, aber der Informatikunterricht ist an vielen Schulen vernachlässigbar und hat kaum einen Stellenwert. Das muss sich ändern.

Ilkim Erdost leitet seit September den Bereich Bildung und Konsument:innenschutz in der AK Wien. Im Gepäck: klare Vorstellungen, was sich in der Schule ändern muss.

Eines der bildungspolitischen Dauerthemen ist eine adäquate Deutschvermittlung für Schüler:innen mit einer anderen Erstsprache. Die einen loben hier den Lösungsansatz der Deutschförderklassen, die anderen sehen ihn als verfehlt. Wie sollten Kinder mit anderer Muttersprache idealerweise Deutsch erlernen?
Die Deutschförderklassen waren eine versteckte Einsparungsmaßnahme der Bundesregierung, um Sprachförderressourcen aus den Schulen abzuziehen und in eigene Klassen zu containern. Andererseits hat man wieder einmal ein Problem externalisiert: Die fehlenden Deutschkenntnisse wurden als Problem der anderen, aber eben nicht der Schule deklariert. Das hat große Konsequenzen für die Schüler:innen, die in diesen Deutschförderklassen sind, weil ihnen damit erheblich wertvolle Zeit genommen wird in ihrem weiteren Bildungsverlauf, ihnen wird der Zugang zu den anderen Fächern genommen und ihnen wird der Kontakt zu fließend Deutsch sprechenden Kindern genommen. So verlieren sie viel Zeit. Sich hier nicht damit auseinanderzusetzen, wie man differenziert gemeinsam unterrichtet, halte ich für einen erheblichen Systemfehler. Die Deutschförderklassen müssen so schnell wie möglich aufgelöst werden.

„Schule soll so viel Freude machen, dass Schüler:innen jeden Tag gerne dorthin gehen.“

Ilkim Erdost, AK Wien

Schwer hatten es auch die Studierenden in der Pandemiezeit. Die Unis versuchen nun diesen Herbst, möglichst viele Lehrveranstaltungen in Präsenz anzubieten. Zudem hatte man den Eindruck, die Unis waren – im Gegensatz zur Situation der Schüler:innen – kaum Thema. Warum?
Richtig. Ich denke, dass gerade bei den Studierenden einfach angenommen worden ist, die können eh zu Hause lernen. Für eine kürzere Dauer stimmt das wahrscheinlich. Aber jetzt, im vierten Semester, muss man sagen: Das geht nicht mehr. Und auch wenn das Bemühen besteht, so viel wie möglich in Präsenz anzubieten, befürchte ich ein ziemliches Chaos an den Universitäten, weil schier die räumlichen und personellen Kapazitäten dazu führen werden, dass der überwiegende Großteil der Studierenden wieder nicht in Präsenz unterrichtet werden kann. Aus meiner Sicht gibt es nur eine Möglichkeit, aus dieser Misere herauszukommen: Es braucht mehr Personal und mehr Vermittlung an den Unis.

Stichwort Betreuungsschlüssel: Inzwischen gibt es in immer mehr Studienrichtungen Aufnahmeprüfungen mit dem Versprechen, dass es dann für die Studierenden, die einen Platz bekommen haben, eine gute Betreuung gibt. Verschlechtern diese Aufnahmeverfahren die Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung?
Ich halte diese ganzen standardisierten Verfahren für nicht besonders aussagekräftig. Eher muss man darauf achten, dass ausreichend Studienplätze und ausreichend Personal zur Verfügung stehen. Wir brauchen akademisch ausgebildete Menschen und haben hier in Österreich einen massiven Aufholbedarf. Natürlich ist das ein Thema, das die Universitäten nicht allein lösen können, aber sie können hier Stichwort- und Impulsgeberinnen für die Politik sein, und da vermisse ich ihre Initiativen. ◗

Impfstatus am Arbeitsplatz

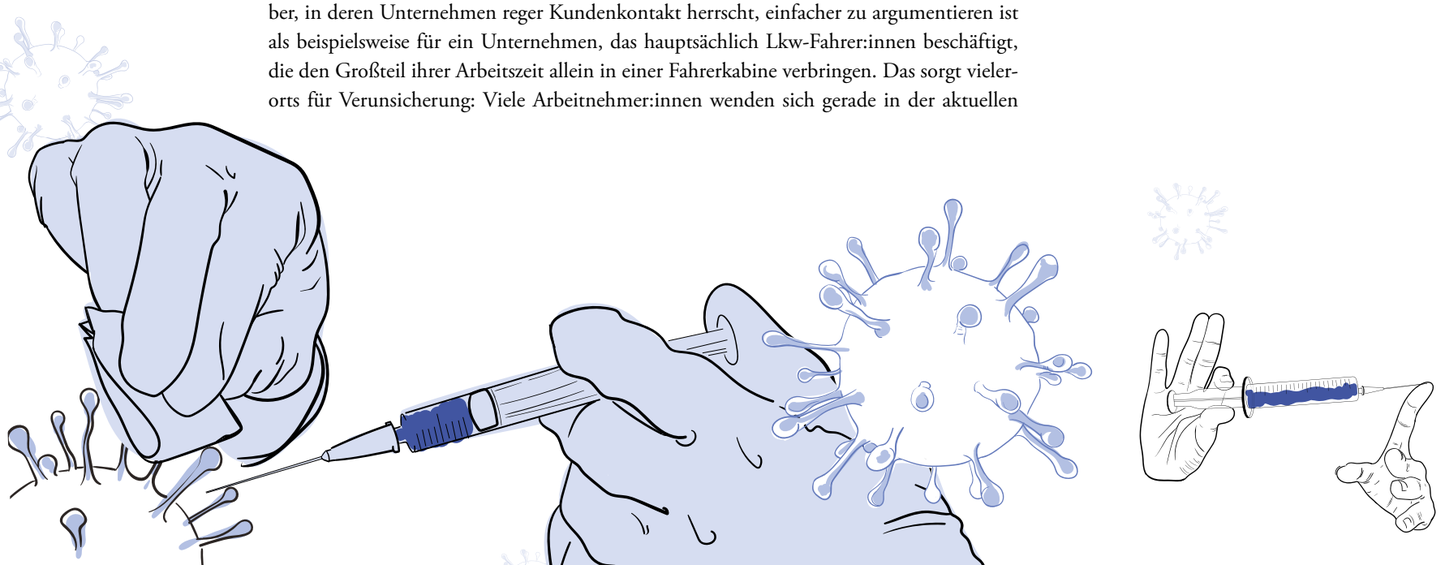
In Bezug auf die Corona-Impfung ergeben sich am Arbeitsplatz zahlreiche Fragen: Dürfen Arbeitgeber den Impfstatus ihrer Mitarbeiter:innen erfragen? Welche Konsequenzen können daraus resultieren? Und was können Betriebsräte tun? Wir haben nachgefragt.

TEXT BEATRIX MITTERMANN

Kann sich ein Arbeitgeber über den Impfstatus seiner Mitarbeiter:innen erkundigen? Besteht ein solches Fragerecht? Philipp Brokes jedenfalls, Arbeitsrechtsexperte der Arbeiterkammer Wien, betont, dass es in Österreich kein rechtlich verankertes Fragerecht des Arbeitgebers gibt sowie auch keine Antwortpflicht der Arbeitnehmer:innen. Brokes weist jedoch darauf hin, dass ein Fragerecht des Arbeitgebers jeweils im Einzelfall im Rahmen einer Interessenabwägung zu prüfen sei.

Zum einen trägt der Arbeitgeber laut Paragraf 1157 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzesbuchs eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeiter:innen. Es liegt also nur in seinem Interesse, die Belegschaft vor Krankheit zu schützen und die dafür notwendigen Maßnahmen zu treffen. Zum anderen ist das Recht auf Privatsphäre der Arbeitnehmer:innen in Paragraf 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert. Und persönliche Gesundheitsdaten zählen in den Bereich der persönlichen Privatsphäre.

Diese beiden Interessenpole gilt es im Einzelfall abzuwägen, um zu überprüfen, welches Interesse überwiegt. Dafür können verschiedene Faktoren ausschlaggebend sein. Etwa, ob es in einem Betrieb viel Kund:innen- bzw. Personenkontakt gibt, ob viele Besprechungen persönlich abgehalten werden, wie viele Mitarbeiter:innen im Homeoffice tätig sind etc. Der Arbeitsrechtsexperte hält zudem fest, dass die Frage nach dem Impfstatus für Arbeitgeber, in deren Unternehmen reger Kundenkontakt herrscht, einfacher zu argumentieren ist als beispielsweise für ein Unternehmen, das hauptsächlich Lkw-Fahrer:innen beschäftigt, die den Großteil ihrer Arbeitszeit allein in einer Fahrerkabine verbringen. Das sorgt vielerorts für Verunsicherung: Viele Arbeitnehmer:innen wenden sich gerade in der aktuellen



Eine dezidierte Antwortpflicht auf Fragen zum Impfstatus am Arbeitsplatz gibt es nicht. Trotzdem rät AK-Experte Philipp Brokes: „Nicht lügen!"

Phase an die Arbeiterkammer, um zu erfragen, ob sie ihren Impfstatus bekannt geben müssen. Eine pauschale Antwort darauf gibt es nicht, es kommt immer auf die Gegebenheiten im Unternehmen an.

Klarere Bestimmungen in Deutschland

Anders sieht die Situation in Deutschland aus. Dort hat der Gesetzgeber für bestimmte Berufsgruppen – wie im Gesundheitsbereich bzw. in der Elementarpädagogik – das Fragerecht nach dem Impfstatus gesetzlich erlaubt. Das vereinfacht die Handhabung in der Praxis – in Österreich gibt es solche gesetzlich verankerten Bestimmungen jedoch nicht.

Egal, ob das Fragerecht des Arbeitgebers begründet ist oder nicht, Philipp Brokes rät Arbeitnehmer:innen vor allem eines: „Nicht lügen!" Es gebe zwar keine dezidierte Antwortpflicht, jedoch könne eine Falschaussage in Bezug auf den Impfstatus zu einer fristlosen Entlassung führen, da bei Unwahrheiten die Vertrauenswürdigkeit der Arbeitnehmer:innen angezweifelt werden kann. Er rät daher dazu, die Frage wahrheitsgemäß oder auch gar nicht zu beantworten.

Konsequenzen für Ungeimpfte

Da es in Österreich keine gesetzliche Impfpflicht gibt, kann der Arbeitgeber auch keine Impfung seiner Mitarbeiter:innen anordnen. Kommt es zu einer Kündigung ungeimpfter Arbeitnehmer:innen, ist auch dies im Einzelfall zu prüfen. Am Ende entscheidet das Gericht. Der Arbeitgeber wird in einem solchen Fall Argumente vorlegen müssen, weshalb in seinem Betrieb eine Impfung wichtig ist. Eine Kündigung anzufechten sei laut Brokes in Österreich jedoch schwierig, da hier ein sehr liberales Kündigungsrecht herrscht, das keiner Angabe von Gründen bedarf. In Betrieben mit Betriebsrat kann sich dieser aktiv einbringen und hat zudem ein Informationsrecht bei neu verhängten Maßnahmen. Er kann in Zusammenarbeit mit Arbeitsmediziner:innen Gespräche mit der Belegschaft führen und über die Impfung aufklären, Vereinbarungen treffen, an welchen Orten eine Maske getragen werden muss, oder im Rahmen einer Betriebsvereinbarung ein 3G-Konzept für das Unternehmen verankern, um sichere Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiter:innen zu etablieren. Dies kann dabei helfen, arbeitnehmer:innenfreundliche Lösungen zu finden, die sich gut zur Bekämpfung der Pandemie eignen, ohne die Belegschaft vor vollendete Tatsachen zu stellen. ◗

Wo sind sie geblieben?

Im österreichischen IT-Sektor fehlen 24.000 Fachkräfte. Gleichzeitig bildet die Branche kaum aus. Das führt zunehmend zu Problemen. Gewerkschaften bringen nun als Lösungsvorschlag einen Zukunftsfonds ins Spiel. Ist das ein möglicher Gamechanger?

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Waren Sie heute schon beim Bankomaten Geld abheben? Vielleicht haben Sie letzten Abend noch eben online eine wichtige Überweisung getätigt? Oder – ein zugegeben für viele etwas abwegiger Gedanke – haben Sie schon einmal überlegt, welche Software eigentlich hinter dem digitalen internationalen Bankenverkehr steckt? Welche Programme ordentlich laufen müssen, damit Ihre Überweisungen auch klappen und nicht im Nirwana verschwinden?

Flaschenhals

Julian Sommer-Schmelzenbarth macht sich solche Gedanken. Er ist Betriebsrat in einem IT-Unternehmen mit rund 900 Beschäftigten. Für die Gewerkschaft GPA wird er als Jugendvertreter bei den kommenden Kollektivvertragsverhandlungen mit am Tisch sitzen. Und er hat eine drastische Prognose: „Man rennt wissentlich in ein Desaster. Es gibt einen zunehmenden Flaschenhals." Dieser „Flaschenhals" besteht nach Sommer-Schmelzenbarths Ansicht in einem ungenügenden Wissenstransfer zwischen den Generationen: „Viele Anwendungen wurden mit Programmiersprachen aus den 1980er-Jahren programmiert. Die Leute, die das entwickelt haben, sind inzwischen in Pension. Aber ihr Wissen wurde nicht weitergegeben." Das betrifft zum Beispiel genau den bereits erwähnten internationalen Bankenverkehr. Viele heute noch genutzte Anwendungen wurden mit der Programmiersprache PLI geschrieben. Eine Sprache, die heute immer weniger Programmierer:innen beherrschen. „Aber wenn PLI einmal abgedreht wird, dann steht der internationale Bankenverkehr still", resümiert Sommer-Schmelzenbarth.

Betriebsrat Julian Sommer-Schmelzenbarth: „Die IT hatte lange den Ruf eines Altmännerklubs." Heute leidet die Branche an Nachwuchsmangel.

Quelle: GPA | UNTERNEHMENSBERATUNG, BUCHHALTUNG, & INFORMATIONSTECHNOLOGIE: Abteilung für Statistik Mai 2021, S.13b

An dieser kleinen Anekdote lässt sich die strategische Bedeutung des IT-Sektors für die globale Wirtschaft, aber auch die potenzielle Macht der dort angestellten Beschäftigten ablesen. Hier zeigen sich aber auch die strukturellen Probleme dieser Branche, die in den letzten 20 Jahren massiv gewachsen ist und in der technologische Sprünge immer schneller vonstattengehen. „Ja, die Entwicklung wird schneller, ich würde sagen, sie geht rasant voran", bestätigt auch Sommer-Schmelzenbarth. „Wir sehen eine Entwicklung von Programmiersprachen hin zu Low-Code-Sprachen. Das sind quasi Baukastensysteme, die von den Anwender:innen bedarfsgerecht zusammengesetzt werden können. Gleichzeitig sehen wir eine Ausdifferenzierung. Linux wird immer nerdiger, während Microsoft auf möglichst einfach zu bedienende Betriebssysteme setzt."

Ausbildung von gestern

Genau diese Schnelllebigkeit und Ausdifferenzierung bringt aber ganz eigene Wachstumsschwierigkeiten mit sich. So kommen die Berufsschulen kaum noch hinterher. Sommer-Schmelzenbarth gibt ein Beispiel: „Bei der Lehrabschlussprüfung wird die Aufgabe gestellt, einen E-Mail-Server aufzusetzen. Dafür wird Software aus dem Jahr 2010 verwendet, die längst nicht mehr aktuell ist." Während also einerseits alte Programmiersprachen in Vergessenheit geraten, die immer noch gebraucht werden, lernen andererseits Berufsschüler:innen teilweise mit veralteter, nicht mehr aktueller Software.

Generell hat die österreichische IT-Branche eine sehr geringe Ausbildungsquote. Während derzeit um die 24.000 Fachkräfte fehlen, befinden sich nur rund 800 Lehrlinge in Ausbildung. Das ist laut aktuellen Berechnungen des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung eine Lehrlingsquote von zwischen 1,1 und 1,2 Prozent im WKO-Spartenvergleich. Und das in einer Branche mit österreichweit 83.000 Mitarbeiter:innen.

Andere Sparten mit einer hohen Präsenz kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMUs) wie zum Beispiel das Gewerbe oder das Handwerk haben hingegen eine deutlich höhere Lehrlingsquote von sechs bis sieben Prozent. Das ist wichtig. Zwar gibt es in Österreich eine wachsende Zahl großer bis sehr großer IT-Firmen. Die überwältigende Zahl aller IT-ler:innen arbeitet aber in kleinen Betrieben mit fünf bis 15 Mitarbeiter:innen. Gerade die Start-up-Branche boomt in Österreich. Warum bildet sie nicht aus?

Lehrlinge gesucht – oder doch nicht?

B. ist ein relativ junger Programmierer. Aktuell arbeitet er in einem kleinen, spezialisierten IT-Unternehmen. Wie sein vorheriger Arbeitgeber auch wurde es von drei Leuten gegründet, inzwischen arbeiten 15 Menschen dort. Auch er bestätigt: „Die Unternehmen haben definitiv einen Fachkräftemangel. Und es stimmt, dass oft Leute wechseln und dadurch Wissen in den Betrieben verloren geht. Aber bei uns geht eigentlich kaum einer weg. Das Betriebskli-

Derzeitiger Bedarf an Fachkräften in der IT-Branche
Quelle: WKO, GPA

Die IT-Branche braucht dringend eine bessere Ausbildungsstruktur, meint GPA-Gewerkschafter Bernhard Hirnschrodt. Auch bei der Frauenquote gebe es massiven Aufholbedarf.

ma ist gut, mit dem Homeoffice passt alles, und es gibt ein Gehaltsschema, was nicht sehr üblich ist.“ Ausgebildet wird aber nicht: „Niemand will für die Ausbildung zahlen. Gleichzeitig wird einfach jede:r genommen, die oder der sich bewirbt. Einfach, damit die Leute nicht woanders hingehen.“

Autodidaktik werde in der Branche großgeschrieben, meint B.: „Selbstschulung ist in der Branche sehr weit verbreitet. Es gibt zwar Ausbildungskurse, aber die liefern oft nicht das, was man braucht. Deshalb ist Weiterbildung auch bei uns im Betrieb eher Selbststudium. Den Besuch von Kongressen kriegt man allerdings bezahlt.“

Tatsächlich ist ein gutes Betriebsklima vorteilhaft, wenn es darum geht Fachkräfte zu halten, die gerade überall Mangelware sind und deshalb ohne Weiteres den Job wechseln können. Sommer-Schmelzenbarth meint in diesem Zusammenhang: „In Wien ist die Situation völlig überhitzt. Die Leute gehen bei einer Tür raus und bei der anderen hinein. Unternehmen werben sich gegenseitig Fachkräfte ab, versuchen teilweise sogar, weggegangene Mitarbeiter:innen durch verbesserte Angebote von ihrem neuen Arbeitsplatz wieder wegzulocken.“

Sturschädel und Nerds

Für T., einen IT-Chef im Kulturbereich, entsteht daraus durchaus Kopfschmerzpotenzial: „Die Mitarbeiter:innenführung ist in der IT schwieriger als in anderen Bereichen“, meint er. „In der Branche sitzen ziemliche Sturschädel, ziemliche Nerds. Denen kann man nicht einfach etwas anschaffen. Man muss sie überzeugen, überzeugen und noch mal überzeugen. Ich werde entweder ein Betriebsklima haben, wo ich die Person halte, oder die Person wird schnell woanders sein.“

T. hat damit durchaus eigene Erfahrungen gesammelt: „Ich habe früher bei einem Provider gearbeitet. Da war ein Kommen und Gehen. Ich kann wirklich nicht bestätigen, dass die Leute in der IT-Branche Probleme haben, Jobs zu finden.“ Der Fachkräftemangel mache die Rekrutierung neuer Mitarbeiter:innen zu einer Herausforderung, so T.: „Viele Unternehmen stellen sehr hohe Anforderungsprofile auf. Dann stellen sie aber fest, dass die Leute, die diesem Profil entsprechen, sehr hohe Gehaltsvorstellungen haben, eben weil es so wenige von ihnen gibt. Das können sich manche nicht leisten, also schrauben sie die Anforderungsprofile runter. Dann müssen sie die neuen Leute aber erst recht wieder anlernen.“

T. findet, dass die Ausbildung von Lehrlingen ein Weg sein könnte, aus der Misere herauszukommen. Darum will er mit gutem Beispiel vorangehen und sucht für sein Team gerade einen Lehrling: „Es wird viel zu wenig Lehre in den Unternehmen angeboten. Wenn ich nicht genügend ausbilde, kriege ich keinen Nachwuchs. Mein alter Arbeitgeber, ein relativ großes Unternehmen, hatte gerade einmal einen einzigen Lehrling!“

Altmännerklub im Imagewandel

Bis zu einem gewissen Grad knabbert die Branche hier auch am eigenen Image. So erzählt Julian Sommer-Schmelzenbarth zwar, dass in seinem Unternehmen ein Frauenanteil von 40 Prozent herrsche. Aber: „Die IT hatte doch lange den Ruf eines Altmännerklubs irgendwo im Keller. Bei einem früheren Arbeitsplatz sind noch ganz klischeehaft die Kalender mit den nackten Frauen an der Wand gehangen. Es wird aber besser. Die Welt wird weiblicher. Auch die sexistische Kultur in der IT ändert sich und wird sich weiter zum Besseren ändern.“

Ein sehr schwerwiegender Faktor sei aber auch, dass bei der Ausbildung ein sehr großes Ungleichgewicht herrsche: „Es gibt 51.000 Studierende in den technischen Fächern an der TU oder den Fachhochschulen. Und nur knapp 800 Lehrlinge.“ Vor diesem Problem steht auch T. bei seiner Lehrlingssuche: „Die Fachhochschulen sind sehr mathematisch ausgelegt. Das brauche ich für meinen Betrieb aber nicht so stark. Für die Unternehmens-IT brauche ich Leute, die die Basics beherrschen. Das könnte eine Lehre bewerkstelligen.“

Boomer in Pension

Sehr aufmerksam beobachtet man all dies bei der Gewerkschaft GPA. Der demografische Wandel stelle die Branche vor zunehmende Probleme, findet Bernhard Hirnschrodt aus dem für die IT-Branche zuständigen Interessenbereich. „Es gibt eine wachsende Kluft zwischen jenen, die in Pension gehen, und jenen, die in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Boomer-Generation geht in Pension. Das waren sehr geburtenstarke Jahrgänge. Jetzt kommen sehr geburtenschwache Jahrgänge nach.“ Das habe direkte Auswirkungen auf die Beschäftigten: „Eine 35-Stunden-Woche ist in der Branche zum Beispiel aufgrund mangelnder Humanressourcen oft nicht möglich. Darüber kann man erst reden, wenn der Arbeitskräftemangel beseitigt ist. Wenn ich aber etwas gegen die geringe Frauenquote machen möchte, brauche ich bessere Arbeitsregelungen.“ Nicht nur die IT sei betroffen: „Auch die Industrie hat große Schwierigkeiten. Mechatroniker:innen oder Schlosser:innen sind fast nicht zu bekommen. Nachbesetzungen sind eine riesige Herausforderung“, so Hirnschrodt.

Was tun? – „Es braucht eine bessere Ausbildungsinfrastruktur“, findet Hirnschrodt. „Um die niedrige Ausbildungsquote zu steigern, brauchen die Betriebe Unterstützung, vor allem die kleineren. Dort gibt es einen Mangel an Lehrlingsbeauftragten. Außerdem braucht es neue Lehrberufe. Die derzeit existierenden sind oft nicht adäquat.“ Das könne man aber nicht nur der Wirtschaft überlassen. „Wir haben deshalb eigene Vorschläge ausgearbeitet und wollen mit diesen auf die Wirtschaftskammer zugehen. So fordern wir zum Beispiel einen Zukunftsfonds, der bei der Finanzierung helfen soll.“ Das Feedback aus dem Unternehmer:innenlager sei durchaus positiv: „Nun wollen wir die für die Umsetzung nötige Überzeugungsarbeit leisten.“

DREI FRAGEN ZUM THEMA

an Julian Sommer-Schmelzenbarth, GPA-Jugendvertreter und Betriebsrat

Die IT-Branche steht vor Kollektivvertragsverhandlungen. Welche Rolle spielt der von Ihnen ins Spiel gebrachte „Zukunftsfonds“?
Wir wollen mit dem Zukunftsfonds auf die Wirtschaftskammer und die Unternehmen zugehen, ihnen ein Angebot machen. Die Idee ist, dass alle Unternehmen der österreichischen IT-Wirtschaft in diesen sozialpartnerschaftlich verwalteten Fonds, entsprechend ihrer Größe und ihrer Beschäftigtenzahl beziehungsweise ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, einzahlen. Vor allem kleine und mittelständische Betriebe könnten so Unterstützung bei der Ausbildung erhalten. Das würde helfen, die Lehrlingsquote in der IT-Branche zu erhöhen. Viele, die in der IT arbeiten wollen, wollen eine Lehre machen. Also sollten wir das ermöglichen.

Braucht es sonst noch Ausbildungsreformen?
Die vorhandenen Lehrberufe decken die Bedürfnisse der Branche nicht ausreichend ab. Wir schlagen als Gewerkschaft deshalb die Etablierung neuer Lehrberufe vor. Die könnten zum Beispiel in den strategisch bedeutsamen Bereichen Cybersecurity oder Green IT geschaffen werden. 60 Prozent von 500 befragten Unternehmen einer KPMG-Studie haben angegeben, in den letzten zwölf Monaten Opfer eines Cyberangriffs geworden zu sein. Hier liegt enormes Potenzial. Und für die Bekämpfung des Klimawandels wird die Entwicklung „grüner IT“ eine wesentliche Rolle spielen.

Wenn es einen so großen Personalmangel gibt, warum holt man die Fachkräfte nicht einfach aus dem Ausland?
So einfach ist das nicht. Die Globalisierung hat auch Grenzen. Das Aussehen von Benutzeroberflächen ist zum Beispiel stark kulturell bedingt. Eine Fachkraft aus dem asiatischen Raum wird sich schwer damit tun, eine Oberfläche für das Onlinebanking einer deutschen Großbank zu gestalten. Deshalb muss man schauen, dass man die Fachkräfte hier bekommt.

Die Kosten der Krise gerecht finanzieren

© AK Wien

SILVIA HRUŠKA-FRANK
LEITERIN DER ABTEILUNG
SOZIALPOLITIK IN DER AK WIEN

Nach eineinhalb Jahren Krise stehen wir da. Die Situation in Österreich ist weit nicht so schlimm, wie sie sein könnte. Wem verdanken wir's? – Dem Sozialstaat. Ein breit aufgestelltes Gesundheitssystem, Arbeitslosenversicherung und Kurzarbeit – sie haben uns in den letzten Monaten große Dienste erwiesen. So hat auch die soziale Lage in Ländern, die einen schwächeren Sozialstaat haben, viel stärker gelitten als in Österreich. Das kostet allerdings auch viel Geld. Während die Krise noch nicht einmal besiegt ist, denken manche schon über Einschnitte in Sozialbudgets nach. Sie schreien nach breiten Sparmaßnahmen und Sozialabbau, die Kosten der Krise sollen nach neoliberaler Manier auf die Mittelschicht und die Ärmsten abgewälzt werden. Dabei sitzen aber genau sie, also Leistungsträger:innen in Systemberufen, insbesondere wenn sie Kinder haben und wenig verdienen, Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen, prekäre Solo-Selbstständige, schon seit dem Ausbruch der Pandemie am kürzeren Ast. Die Einmalzahlungen, die die Regierung geleistet hat, waren für viele nur ein Tropfen auf den heißen Stein, und die, die es immer schon – auch vor der Krise – schwerer hatten, haben es jetzt noch schwerer. Während durch die Krise zahlreiche Menschen aufgrund von Arbeitslosigkeit in die Armut gerutscht sind oder in noch prekäreren Situationen als davor leben, hat sich der Reichtum anderer vermehrt. So wurde der Amazon-Chef Jeff Bezos durch Corona zum reichsten Mann der Welt. Doch auch in Österreich fand Umverteilung von unten nach oben statt.

Umso wichtiger ist es, im aufkommenden Diskurs um die Finanzierung der „Corona-Schulden" bedingungslos hinter den Arbeitnehmer:innen und Steuerzahler:innen zu stehen. Die Kosten der Krise dürfen nicht die zahlen, die von ihr am härtesten betroffen waren! Österreich muss seine wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten – jetzt mehr denn je – zur Bekämpfung von Ungleichheit und Armut nutzen. Der Aufbruch aus der Krise darf also nur mit der Stärkung statt der Schwächung des Sozialstaates vonstattengehen. Es braucht keinen weiteren Druck auf Arbeitslose, es braucht eine Jobgarantie und Arbeitszeitverkürzung – dazu gibt es viele interessante Modelle. Die Chancen des Wiederaufbaus liegen nicht in rigider Austeritätspolitik, sondern in Investitionen in die sozial-ökologische Wende. Nur mit einem starken Sozialstaat, der den Menschen eine hohe Lebensqualität und gute Arbeit bieten kann, können die Auswirkungen dieser Krise überwunden und weitere verhindert werden. Schließlich geht es auch in Zukunft um viel: den Wandel sozial gerecht und demokratisch zu gestalten! ◗

ÖGB VERLAG | SHOP
Für Arbeit, Recht, Soziales

shop.oegbverlag.at

Otto Bauer
Der Aufstand der österreichischen Arbeiter
Werner Anzenberger, Anja Grabuschnig, Hans-Peter Weingand (Hrsg.)
2021 / 136 Seiten / EUR 9,90
ISBN 978-3-99046-598-1

Otto Bauer (1881-1938) hat die österreichische Sozialdemokratie in der Ersten Republik geprägt. Er war Mitbegründer des Austromarxismus und verstand sich als Demokrat ebenso wie als revolutionärer Wegbereiter des Sozialismus. Nach dem unglücklichen Aufstand gegen die austrofaschistische Diktatur schrieb er im Exil die Broschüre „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter". Die Herausgeber geben diese Schrift, aufgefunden in Amsterdam im Archiv der Sozialistischen Internationale, neu heraus und kommentieren Bauers Darstellung im Lichte der aktuellen historischen, juristischen und politikwissenschaftlichen Erkenntnisse und Debatten.

Ratgeber Unternehmenskrise
Hauser, Höbart, Hoffmann, Hons, Kraxner, Lang, Leitsmüller, Lugger, Mitter, Müller, Naderer, Oberrauter, Ofner, Schindler, Schneller
Betriebsratsarbeit kompakt
2021 / 240 Seiten / EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-518-9
Buch + e-Book

Das Buch zeigt auf, wie sich drohende Krisen frühzeitig in Bilanzen erkennen lassen und welche Informationsrechte über die wirtschaftliche Lage eines Betriebes den BetriebsrätInnen aufgrund der gesetzlichen Lage zustehen. Die Sorge um die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens belastet alle Beteiligten. Wie in einer derartigen Situation BetriebsrätInnen mit Management und MitarbeiterInnen kommunizieren, wie BetriebsrätInnen psychischen und körperlichen Stress bewältigen und wann aktionistische Maßnahmen in Betracht zu ziehen sind, das alles finden Sie in diesem Werk.

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
Rathausstraße 21, 1010 Wien
shop@oegbverlag.at
Telefon 01/405 49 98-132
Fax 01/405 49 98-136

Versand-kostenfrei ab 30 Euro Bestellwert

Mit dem Sozialstaat durchs Leben

Ob Jugend, Arbeitsleben oder Ruhestand: Unser Sozialstaat kommt allen Menschen zugute! Je nach Lebenslage brauchen wir einmal mehr, einmal weniger staatliche Unterstützung. **Unser Sozialsystem unterstützt uns in all diesen Phasen.**

Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir seine Bedeutung für unser aller Leben anschaulicher machen und zeigen, dass **unser Sozialstaat unser aller Vermögen** ist.

www.sozialleistungen.at

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträgerln:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW

Österreichische Post AG MZ 02Z031759 M, ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien